

6.
**Politische Partizipation
und bürgerschaftliches
Engagement**

Das Wichtigste in Kürze:

Seit den 80er-Jahren nimmt die Zahl von Frauen in Spitzenpositionen von Politik und Parteien zu. Dies gilt inzwischen für Ministerämter, den Parteivorsitz bzw. die Parteivorstände und die Abgeordnetenmandate. Gleichstellung ist zwar auch hier noch nicht erreicht, doch ein Vergleich mit dem Zugang von Frauen zu Spitzenpositionen in der Wirtschaft zeigt, dass die Chancengleichheit im politischen System relativ weit vorangeschritten ist.

Der durchschnittliche Frauenanteil in den Länderparlamenten, im Bundestag und bei den deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments beträgt jeweils etwas über 30 Prozent. Damit liegt die politische Beteiligung von Frauen in Deutschland über dem europäischen Durchschnitt.

Nach ihrem Interesse an Politik befragt, äußern sich Frauen zurückhaltender als Männer. Auch ein politisches Amt ziehen sie für sich seltener in Erwägung als Männer.

Die politischen Interessen von Frauen beziehen sich stärker als die der Männer auf soziale Gerechtigkeit, Bildung und Umwelt, die der Männer stärker auf Wirtschafts- sowie Außen- und Sicherheitspolitik.

Frauen sind auch am bürgerschaftlichen Engagement seltener als Männer beteiligt. Zu den freiwillig Engagierten werden 2004 32 Prozent der Frauen und 39 Prozent der Männer gerechnet. Nur knapp 10 Prozent der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe haben Teil an bürgerschaftlichem Engagement. Bei den Türiinnen trifft dies sogar nur auf 7 Prozent zu.

Frauen haben ihren Anteil am freiwilligen Engagement seit 1999 gesteigert, während der Prozentsatz des freiwilligen Engagements von Männern in diesem Zeitraum stagnierte.

Ursachen für die größere Distanz von Frauen gegenüber Politik und Ehrenamt sind einerseits in den männlich geprägten Themenschwerpunkten, Hierarchien und Kulturen von vielen Großorganisationen und Vereinen zu sehen. Andererseits beeinträchtigt auch die Arbeitsteilung in der Familie die zeitlichen Spielräume für Frauen, sich gesellschaftlich oder politisch in einem größeren zeitlichen Umfang zu engagieren. Zudem ist die Aussicht auf ein politisches Mandat meist auch von männlich dominierten Netzwerken abhängig.

6.1 Einleitung

Frauen waren lange Zeit so deutlich weniger in Parlamenten, politischen Führungspositionen, aber auch an der Basis von Parteien anzutreffen, dass der politische Sektor eine rein männliche Domäne zu sein schien. Dieser Eindruck hat sich inzwischen relativiert, einerseits weil die Forschung das gesellschaftliche und politische Engagement von Frauen auch jenseits der institutionalisierten Politik sichtbar gemacht hat und andererseits, weil die Beteiligung von Frauen an den Verfahren und Organen der politischen Interessenvertretung in Relation zu den entsprechenden Aktivitäten von Männern zugenommen hat. Frauen beteiligen sich heute wie Männer an Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen. Ihr Anteil an Parteimitgliedschaften sowie Ämtern und Mandaten hat sich vergrößert (Kapitel 6.4). Trotz dieser unverkennbaren Fortschritte bleiben Frauen in vielen Bereichen der institutionalisierten politischen Interessenvertretung unterrepräsentiert.

Als Frauen in Deutschland 1919 das aktive und passive Wahlrecht erhielten, war dem eine Phase der Demokratieentwicklung in Deutschland vorausgegangen, in der Männer das Geschehen auf der Bühne der Politik alleine beherrschten. *Ihr* Verständnis von Politik war es, das in die Entwicklung der Verfahren demokratischer Entscheidungsfindung einging. Die demokratischen Institutionen etablierten sich als eine Sphäre, in der Frauen vieles fremd, uneinsichtig und unsympathisch erschien und in der sie selbst als fremd wahrgenommen wurden (Hagemann-White 1987). „Politik ist Männersache“, das meinten 1992 laut Eurobarometer noch 34 Prozent der Deutschen und nahmen mit diesen Vorbehalten gegenüber Frauen in der Politik einen Spitzenplatz in Europa ein (Hoecker 1998b: 78). Vor diesem historischen Hintergrund ist zu verstehen, dass Frauen mehr Distanz zu politischer Verantwortung wahren als Männer und Männer sich viel eher dazu herausgefordert sehen, politische Verantwortung zu übernehmen. Die gewachsenen Parteistrukturen, Arbeitszeitstrukturen und Entscheidungsverfahren sind an männlichen Normalbiografien orientiert und nehmen zum Beispiel auf Familienaufgaben ihrer Parteimitglieder meist wenig Rücksicht. Dies erschwert vor allem Frauen die Übernahme von Ämtern und Mandaten. Für ein politisches Fortkommen ist die so genannte Ochsentour, die fortwährende Präsenz an Gemeinde- und Parteiveranstaltungen, immer noch notwendig. Der Verweis auf die „männliche“ Prägung der politischen Kultur in Deutschland kann einerseits die geringere Bereitschaft von Frauen, politische Ämter zu übernehmen, erklären. Er macht andererseits begreifbar, dass manche politischen Organe Frauen, insbesondere solche mit Kindern durch ihre Arbeitsweise systematisch ausgrenzen und Nachwuchs eher in jungen Männern sehen (Geißel/Penrose 2003; Westle 2001). Solchen eher verdeckten Diskriminierungen von Frauen stehen heute große Bemühungen in vielen Parteien gegenüber, über innerparteiliche Gleichstellungsmaßnahmen, etwa Quoten, die Partizipation von Frauen auf allen Ebenen der Parteien abzusichern. Parteien, aber auch

viele andere Großorganisationen und demokratisch legitimierte Gremien fungieren heute vermutlich als Politisierungsagenturen für Frauen *und* als Männerbünde, die Frauen Chancen verweigern. Die Geschlechterbeziehungen und Interaktionsstrukturen im politischen Alltag von Frauen und Männern sowie deren Strukturierung und Ritualisierung in politischen Organisationen sind bisher allerdings nur wenig untersucht. Wer solchen Fragen nach den womöglich geschlechtsgebundenen Rekrutierungs-, Verdrängungs- und Selektionsmechanismen keine Bedeutung beimessen möchte, sucht nach Erklärungen für die geringere politische Partizipation von Frauen in ihrer geringeren Bildungs- und Erwerbsbeteiligung. Es ist bekannt, dass höher Gebildete sowohl politisch interessierter als auch engagierter sind. Da erst die in den 60er-Jahren geborenen und jüngeren Frauen einen etwa gleich hohen Anteil an Abitur und Hochschulabschlüssen erreicht haben wie die Männer ihres Alters, konnte in der Vergangenheit mangelndes politisches Engagement von Frauen mit deren durchschnittlich geringerer Bildung erklärt werden. Der Faktor Bildung ist zwar sicherlich eine notwendige, aber doch nicht hinreichende Voraussetzung für eine politische Beteiligung. Wie weiter unten deutlich wird, zeigen jüngere Frauen – trotz einer durchschnittlich höheren Schulbildung – kein größeres politisches Interesse als ältere. Ein weit engerer Zusammenhang scheint zwischen der Erwerbsbeteiligung von Frauen und ihrer politischen Partizipation zu bestehen. Im europäischen Vergleich zeigte sich, dass in Ländern mit höherer weiblicher Erwerbsbeteiligung (wie Skandinavien) auch die politische Beteiligung von Frauen größer ist (Hoecker 1998a). Dieser Zusammenhang verweist noch einmal auf die Bedeutung der nationalen „politischen Kultur“ (Hoecker 1998a), die Frauen eine je spezifische Rolle im öffentlichen Leben wie im Beruf zuweist bzw. zugesteht.

Im Folgenden ist nun zunächst vorgesehen, die in Deutschland erreichte Partizipation von Frauen im europäischen Vergleich zu betrachten. Dies soll eine Einschätzung der Situation in Deutschland erleichtern (Kapitel 6.2). Dann folgt ein Rückblick auf die Beteiligung von Frauen an den institutionalisierten Formen der Politik in den letzten Jahrzehnten im früheren Bundesgebiet und in der DDR (Kapitel 6.3). Schließlich wird sich das Kapitel einer präzisen Beschreibung der aktuellen Beteiligung von Frauen und Männern am politisch-administrativen System zuwenden. Hier wird es darum gehen, die Beteiligung von Frauen und Männern an Wahlen, Parteien, Parlamenten und an den politisch besonders einflussreichen Positionen zu beschreiben (Kapitel 6.4). Auf geschlechtsspezifische Unterschiede in den politischen Interessen wird im Kapitel 6.5 eingegangen. Schließlich werden Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement¹⁶⁰ von Frauen und Männern und zu deren Beteiligung an informellen politischen Aktionen präsentiert (Kapitel 6.6). Zusätzlich wird auf das politi-

160 „Das bürgerschaftliche Engagement bewegt sich zwischen den Polen Staat, Markt und private Haushalte. In diesem Bereich übernehmen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung im Rahmen von Gruppierungen, Initiativen, Organisationen oder Institutionen. Dies geschieht außerhalb ihrer beruflichen Tätigkeit und außerhalb des rein privaten, familiären Bereichs“ (Gille/Queisser 2002: 205).

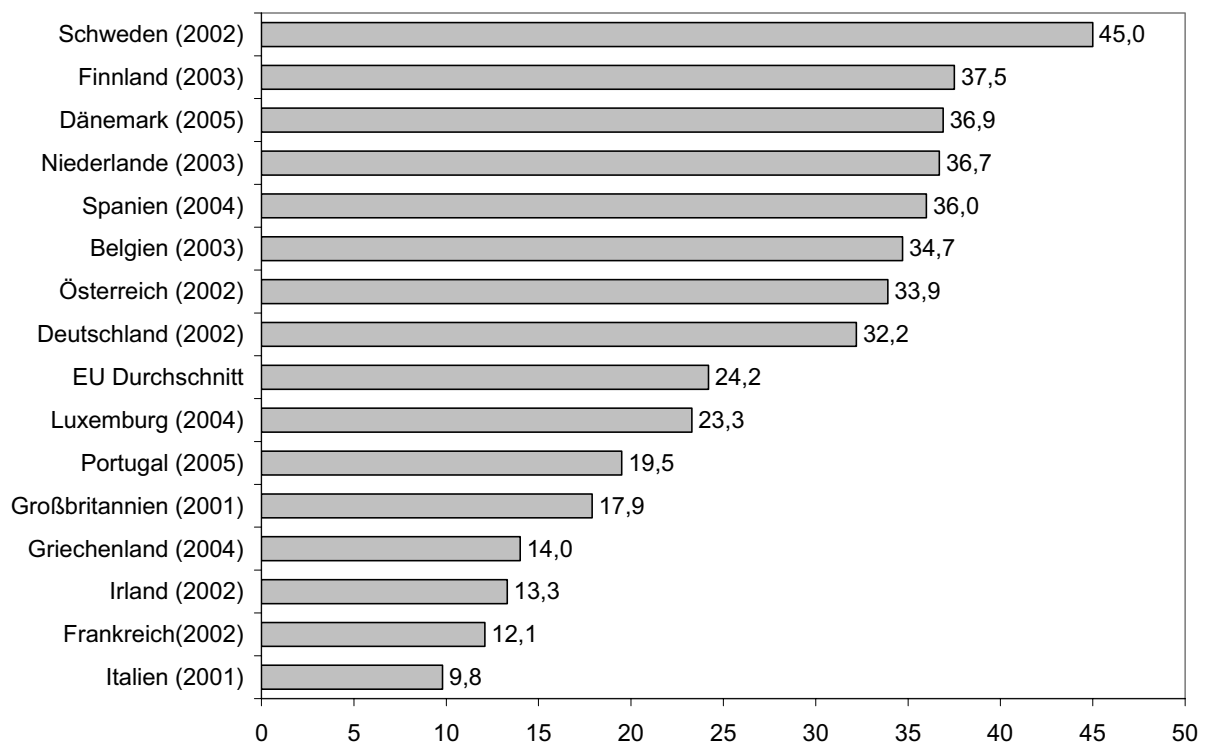
sche und bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten eingegangen (Kapitel 6.7). Das Kapitel endet mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

Die Daten dieses Kapitels beruhen auf der Analyse aktueller Veröffentlichungen, der Wahlstatistik des Statistischen Bundesamts und auf Auswertungen des ALLBUS 2002¹⁶¹. Ergänzend wurden mit Hilfe der entsprechenden Seiten im Internet zusätzliche Informationen über den Bundestag und die Parteien recherchiert. Wichtigste Quelle für die Einschätzung des bürgerschaftlichen Engagements waren die Freiwilligensurveys 1999 und 2004 sowie die ebenfalls 2004 durchgeführte Studie „Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland“ des Zentrums für Türkeistudien.

6.2 Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich

Will man die Beteiligung von Frauen und Männern an politischen Prozessen über Länder hinweg vergleichen, so bietet sich die Möglichkeit, den Anteil von Frauen an den jeweils höchsten nationalen Parlamenten einander gegenüberzustellen. Dabei zeigt sich ein starkes Gefälle des Frauenanteils in den nationalen Parlamenten der EU-Staaten (hier: „EU der 15“) (Abbildung 6.1).

Abbildung 6.1: Frauen in den nationalen Parlamenten der bisherigen 15 EU-Staaten (in %)¹



– Fortsetzung nächste Seite –

¹⁶¹ Der „ALLBUS“, die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ wird von der „Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen“ seit 1980 alle zwei Jahre durchgeführt. Die Stichprobe ist jeweils repräsentativ für die Bundesrepublik und umfasst die Bevölkerung ab 18 Jahren. 2002 beinhaltete der ALLBUS u.a. Schwerpunkte zu individuellen und kollektiven Wertorientierungen sowie Einstellungen zu Politik und Wirtschaft, die beide für dieses Kapitel ausgewertet werden können.

1 Zahl in Klammer (Wahljahr)

Anmerkungen: Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: In Schweden ist der Anteil der Frauen im nationalen Parlament am höchsten, in Italien am niedrigsten.

Datenbasis: Daten der Interparlamentarischen Union (IPU); Inter-Parliamentary Union (2005)

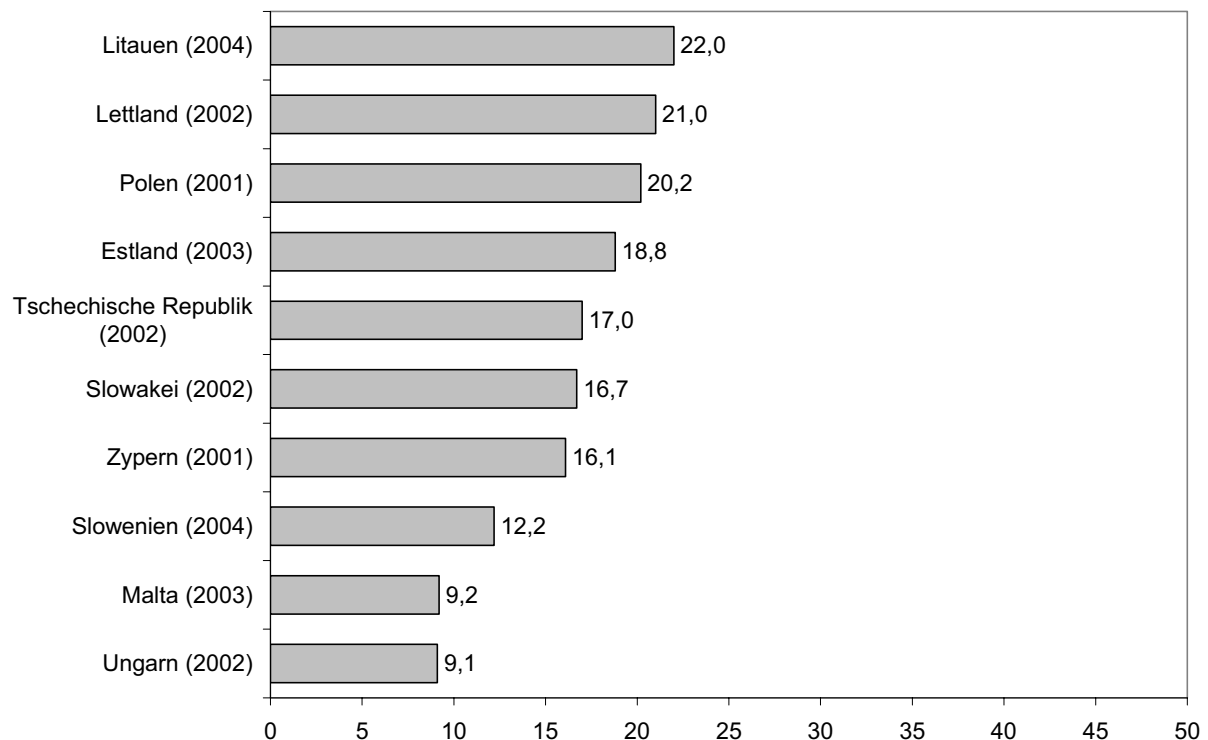
Quelle: Friedrich Ebert Stiftung 2003: 7

Das schwedische Parlament ist nicht weit von einer geschlechterparitätischen Zusammensetzung entfernt. In Italien liegt der Frauenanteil im nationalen Parlament noch unter 10 Prozent. Im Großteil der Staaten kann von einer angemessenen Beteiligung am höchsten nationalen Parlament noch nicht die Rede sein.

Wie bereits seit längerem zu beobachten ist, bilden die skandinavischen Staaten eine hinsichtlich der Gleichstellung deutlich fortgeschrittene Gruppe, an die sich Deutschland angelehert hat. Von einem Nord-Süd-Gefälle kann jedoch in dieser Eindeutigkeit nicht gesprochen werden: So hat Großbritannien etwa einen niedrigeren Anteil an Parlamentarierinnen als Spanien. Ein wesentlicher Grund für die geringe Repräsentanz von Frauen im nationalen Parlament liegt für Frankreich, Großbritannien und Irland im Mehrheitswahlsystem, das Männer in großen Parteien mit traditionellen Strukturen begünstigt (Hoecker 1998a: 390 f.; Geißel/Penrose 2003: 17 f.; Hoecker/Fuchs 2004: 294). Abbildung 6.2 zeigt ergänzend den Anteil der weiblichen Abgeordneten in den Beitrittsstaaten der EU (ab 01.05.2004). In diesen Staaten liegen die Frauenanteile in den nationalen Parlamenten durchgängig unter 30 Prozent, wobei sich aber auch hier keine eindeutigen Tendenzen nach Ländergruppen oder benachbarten Ländern erkennen lassen. Die baltischen Staaten zeigen zwar gewisse Ähnlichkeiten, die übrigen Länder des ehemaligen Ostblocks lassen sich jedoch nicht vergleichbar sortieren.¹⁶²

162 Für eine differenzierte Analyse der politischen Partizipation von Frauen in den Beitrittsstaaten vergleiche die Beiträge in Hoecker/Fuchs (2004).

Abbildung 6.2: Frauen in den nationalen Parlamenten der Beitrittsstaaten zur EU ab 2004 (in %)



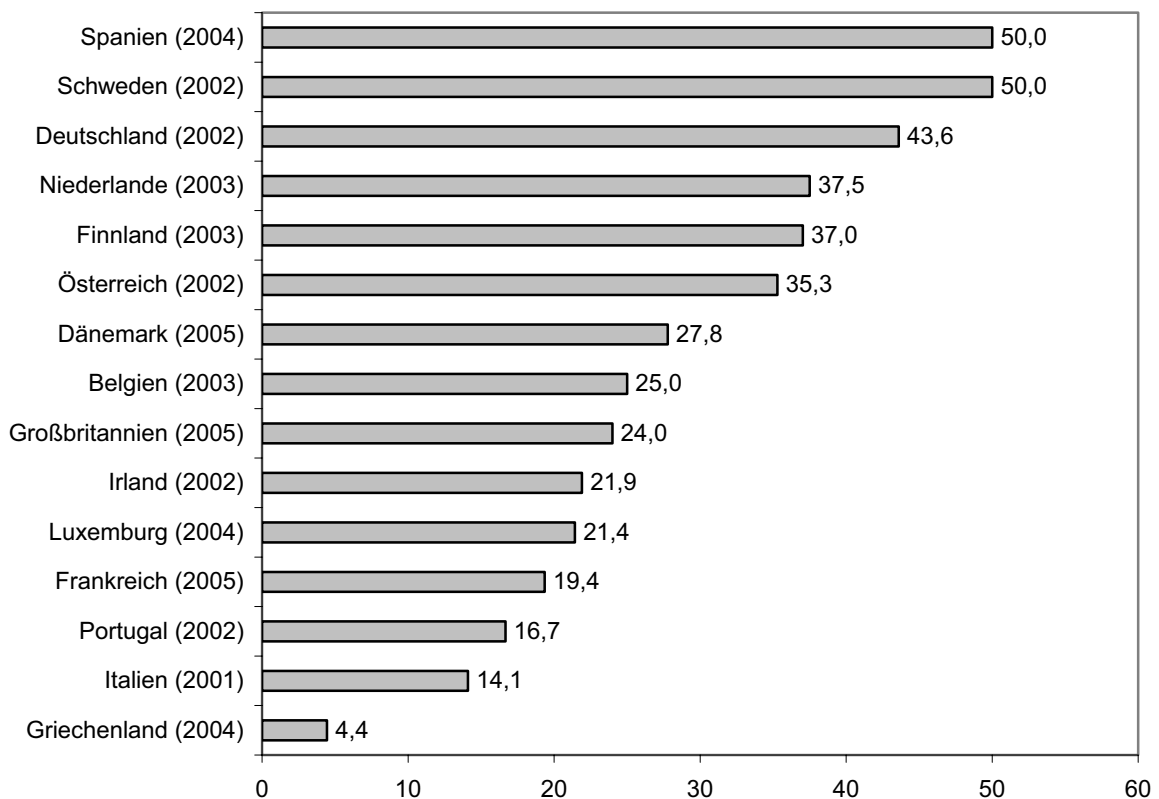
Anmerkung: Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: In Litauen ist der Anteil der Frauen im nationalen Parlament am höchsten, in Ungarn am niedrigsten.

Quelle: Inter-Parliamentary Union (2005)

Bezogen auf den Grad der Beteiligung von Frauen besteht zwischen den Staaten der „EU der 15“ und den Beitrittsländern ein gradueller Unterschied. In den Beitrittsländern liegt das Niveau der Vertretung von Frauen vielfach weit unter 30 Prozent, während in über der Hälfte der EU-15-Staaten diese Marke (zumeist deutlich) überschritten wird (Abbildung 6.2 und 6.3). Welche strukturellen Mechanismen eine angemessene Quote in den Parlamenten verhindern, ist aus diesen Daten nicht herauszulesen. Mögliche Faktoren könnten unterschiedliche Wahlsysteme oder unterschiedliche Strategien von Parteien sein, mit denen sie Frauen an einer Mitarbeit interessieren und ihnen entsprechende Chancen einräumen – beispielsweise mit einer Quotierung.

Interessanterweise ist der Anteil von Frauen in nationalen Regierungen häufig höher als in den zentralen Parlamenten (Abbildung 6.3). Dies könnte darauf hindeuten, dass es den ganz überwiegend männlichen Regierungschefs inzwischen opportun erscheint, Frauen an Regierungsämtern zu beteiligen. Ein Beispiel für die völlige Veränderung des Frauenanteils infolge eines Machtwechsels ist die Zusammensetzung des spanischen Kabinetts nach dem Wahlsieg der Sozialisten (PSOE) bei den Parlamentswahlen am 14.03.2004. Betrug der Frauenanteil an den Ministerämtern in der Regierung Aznar lediglich 17,6 Prozent (einschließlich „junior ministers“), so liegt er nun unter der Präsidentschaft Zapateros bei 50 Prozent!

Abbildung 6.3: Frauen in den nationalen Regierungen der EU-Staaten (in %)

Anmerkung: Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

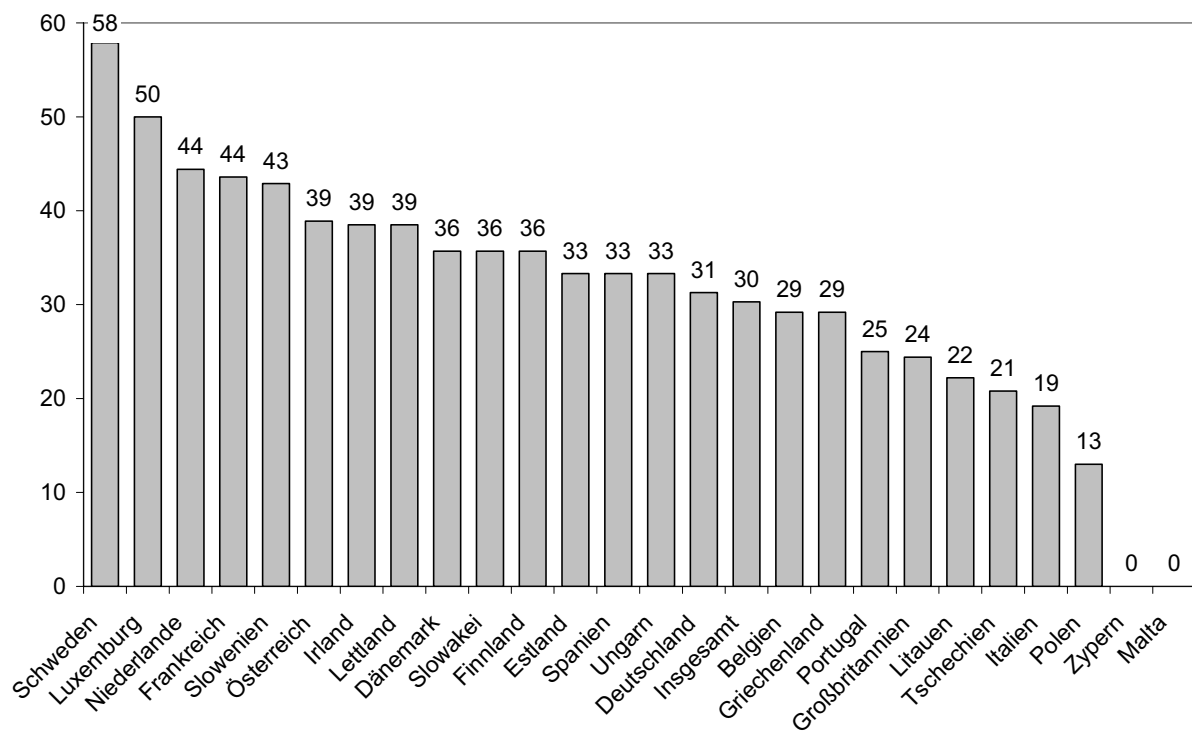
Lesehilfe: In Spanien und in Schweden ist der Anteil der Frauen in der nationalen Regierung am höchsten, in Griechenland am niedrigsten.

Quellen: Internetseiten der jeweiligen Regierungen

<http://www.primeminister.gr> <http://www.belgium.be> <http://www2.daenemark.org/tysk/> <http://www.info-spanischebotschaft.de> <http://www.premier-ministre.gouv.fr> <http://www.valtioneuvosto.fi> <http://www.number-10.gov.uk> <http://www.gouvernement.lu> <http://www.minaz.nl> <http://www.austria.gv.at> <http://www.portugal.gov.pt> <http://www.ipicture.de>

Frauen im Europäischen Parlament

Abbildung 6.4 zeigt den Frauenanteil im 2004 gewählten Europäischen Parlament. Auffallend ist, dass beide Beitrittsländer, die im Mittelmeer liegen, keine Frau im EP haben. Auch Polen mit 13 Prozent erreicht nicht das Niveau der anderen EU-Staaten. Am unteren Ende sind außerdem Italien, Tschechien, Litauen und Großbritannien zu finden. Den Spitzenplatz dagegen nimmt Schweden mit einem Frauenanteil von 58 Prozent ein. Deutschland liegt mit 31 Prozent Frauenanteil im EU-Parlament nahe am EU-Durchschnitt, der 30,3 Prozent beträgt.

Abbildung 6.4: Frauen im EU-Parlament 2004 (in %)

Anmerkung: Die Länder werden nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: In Schweden ist der Anteil der Frauen im Europäischen Parlament am höchsten, in Zypern und auf Malta am niedrigsten.

Quelle: www.elections2004.eu.int

6.3 Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick

Auch für den zeitgeschichtlichen Rückblick wird die Möglichkeit genutzt, die politische Beteiligung von Frauen an ihrer Vertretung in den zentralen Parlamenten von Bundesrepublik und DDR darzustellen. In Tabelle 6.1 wird anhand des Frauenanteils im Deutschen Bundestag die Repräsentation von Frauen im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nachvollzogen.

Die Übersicht zeigt deutlich, wie wenig sich an der Partizipation von Frauen im Deutschen Bundestag von 1949 bis 1987 verändert hat. Seit 1987 jedoch stieg der Anteil der weiblichen Abgeordneten in deutlichen Sprüngen an. Mit der Einführung einer Frauenquote von 50 Prozent gab die Partei der „Grünen“ einen An Schub für andere Parteien – 1987 existierte bereits eine Frauenquote in der SPD, allerdings eine, die zunächst lediglich einen Frauenanteil von 25 Prozent anzielte. Damit veränderte sich (Hoecker 1995: 104) – das Klima zu Gunsten von Frauen in politischen Ämtern.

Diese positive Entwicklung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beteiligung von Frauen in der höchsten Volksvertretung Deutschlands noch deutlich unterproportional ist.

Tabelle 6.1: Frauen im Deutschen Bundestag (absolut und in %)

Wahlperiode	Anzahl der weiblichen Abgeordneten (abs.)	in %
1949-1953	28	6,8
1953-1957	45	8,8
1957-1961	48	9,2
1961-1965	43	8,3
1965-1969	36	6,9
1969-1972	34	6,6
1972-1976	30	5,8
1976-1980	38	7,3
1980-1983	44	8,5
1983-1987	51	9,8
1987-1990	80	15,4
1990-1994	136	20,5
1994-1998	177	26,3
1998-2002	207	30,9
2002-	194	32,2

Quelle: Geißel/Penrose 2003: 10

Die Beteiligung von Frauen wird nun ergänzend auch für das nationale Parlament der DDR dargestellt (Tabelle 6.2):

Tabelle 6.2: Frauen in der DDR-Volkskammer (absolut und in %)

Wahlperiode	Anzahl der weiblichen Abgeordneten (abs.)	in %
1954-1958	128	27,5
1958-1963	114	24,5
1963-1967	137	27,4
1967-1971	153	30,6
1971-1976	159	31,8
1976-1981	168	33,6
1981-1986	162	32,4
1986-1990	161	32,2

Quelle: Patzelt/Schirmer 2002: 392 f.

Bei dieser Übersicht ist zu bedenken, dass die Abgeordneten der DDR-Volkskammer nicht im Rahmen einer freien und geheimen Wahl bestimmt wurden und keinen vergleichbaren Einfluss¹⁶³ nehmen konnten wie Bundestagsabgeordnete. Ausnahme war die – hier nicht

163 Entsprechend formuliert Schirmer:

„(Die) Charakterisierung der Volkskammer in der offiziellen politischen Literatur der DDR hatte sich sehr weit von ihrer wirklichen Rolle im politischen System der DDR entfernt und stand in gravierendem Widerspruch zu ihrer Wahrnehmung durch die Mehrzahl der DDR-Bürger, die in ihr eher eine unscheinbare Institution im Schatten der Macht sahen. Die Vision von einer historisch dem Parlamentarismus überlegenen Vertretungskörperschaft endete praktisch darin, dass die Volkskammer eine von der SED abhängige Institution ohne nennenswerte Kompetenzen wurde“ (Schirmer 2002: 27).

Gast bemerkt hierzu, dass „die von der SED geforderte gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben besonders groß ist in jenen gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen und Gremien, die primär einen repräsentativen Charakter haben oder lediglich eine beratende Funktion ausüben. Die umfangreiche Einbeziehung von Frauen in die Volksvertretungen der DDR ist überdies ideologisch motiviert, da sie wegen deren verfassungsrechtlichen Primats als Beweis weiblicher Mitbestimmung in der Politik gilt. In den politischen Entscheidungsorganen und -funktionen von Partei und Staat, in denen ein hoher weiblicher Anteil wirksame Gleichberechtigung bedeuten könnte, sind die Frauen hingegen weder ihrem Mitgliederanteil in den Parteien – namentlich der SED – noch ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entsprechend vertreten“ (Gast 1985: 448 f.).

berücksichtigte – letzte Wahl der Volkskammer nach der Wende 1990. Insofern ist das von Beginn an bessere Bild der Vertretung von Frauen in der Volkskammer nicht als Abbild entsprechender Machtfülle zu sehen. Im Politbüro etwa, dem einflussreichsten Organ der DDR, gab es nie eine Frau als stimmberechtigtes Vollmitglied (Hampele 1993: 289 f.).

Auf die Frauenanteile in Kommunal- und Länderparlamenten wird an anderer Stelle eingegangen (Kapitel 6.4.3).

6.4 Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung

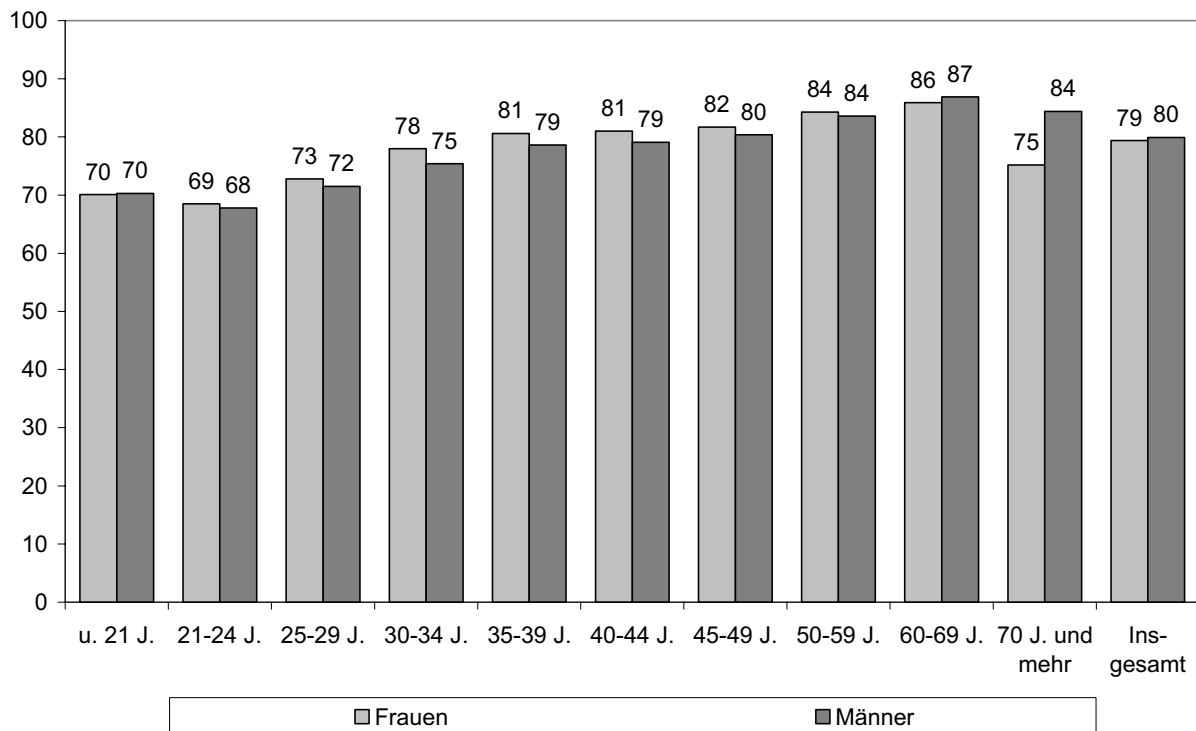
Im Folgenden wird nun die Beteiligung von Frauen an formalen politischen Entscheidungen beschrieben. Die Darstellung beginnt mit einer wenig voraussetzungsvollen Beteiligung, der Nutzung des aktiven Wahlrechts.

6.4.1 Wahlbeteiligung

In Bezug auf die Wahlbeteiligung existieren nahezu keine geschlechtsspezifischen Unterschiede. Die Beteiligung von Frauen lag bei der letzten Bundestagswahl bei 79,4 Prozent, die der Männer bei 79,9 Prozent und damit nur minimal höher (Statistisches Bundesamt 2004i: 172). Bei der Erhebung der letzten repräsentativen Wahlstatistik von 1990 lag die Wahlbeteiligung von Männern noch 1,3 Prozentpunkte höher als die der Frauen, so dass sich das Niveau weiter angeglichen hat (Statistisches Bundesamt 2004i: 171).

Die Aufschlüsselung nach Altersgruppen zeigt für die meisten Lebensalter nur geringe Differenzen in der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern. Auffallend ist allerdings, dass die jüngeren Altersgruppen generell eine niedrigere Wahlbeteiligung als die älteren haben und dass bei den jüngeren Altersgruppen die Wahlbeteiligung von Frauen im Vergleich zu der von Männern etwas höher liegt. Ferner fällt die sehr viel niedrigere Wahlbeteiligung von Frauen über 70 im Vergleich zu der von Männern dieser Altersgruppe auf (Abbildung 6.5).

Abbildung 6.5: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2002 (in %)



Datenbasis: Repräsentative Wahlstatistik 2002

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004i: 173, Tabelle 2

Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind generell minimal. Ostdeutsche Frauen gehen allerdings im Vergleich zu ostdeutschen Männern etwas häufiger zur Wahl. In den westlichen Bundesländern beteiligen sich Männer etwas stärker an Wahlen. Die Prozentsatzunterschiede betragen jedoch jeweils weniger als ein Prozent (Werner 2003).

6.4.2 Parteimitgliedschaften und Parteiämter

Der Frage nach gegenwärtiger Mitgliedschaft in einer politischen Partei („Sind Sie derzeit Mitglied in einer politischen Partei?“) stimmten 7,4 Prozent der Männer und 3,7 Prozent der Frauen zu (ALLBUS; eigene Berechnungen). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind momentan ca. 1,6 Millionen Personen in Deutschland Mitglied einer Partei, also etwa 2,6 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2004i: 177). Von den 1,6 Millionen Parteimitgliedern sind nur etwas unter 30 Prozent weiblich.

Tabelle 6.3 zeigt, dass es den Parteien in sehr unterschiedlichem Maße gelingt, Frauen als Mitglieder zu gewinnen. Dass sich Frauen den Parteien in so unterschiedlichem Umfang als Mitglieder zuwenden, ist ein Hinweis auf vielfältige Ursachen dieser Zurückhaltung. Eine Erklärung für die geringe Partizipation von Frauen, die lediglich auf generell geringeres Interesse von Frauen oder auf deren Dreifachbelastung durch Familie, Beruf und Politik verweist, greift wohl zu kurz. Offensichtlich sind die Angebote der Parteien zur Identifikation und Mitarbeit für Frauen unterschiedlich attraktiv.

Tabelle 6.3: Frauenanteil der Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien 2002 und 2004 (in %)

Partei	2002	2004
CDU	25,1	24,8
CSU	17,7	17,9
FDP	23,6	23,4
Bündnis 90/Die Grünen	37,2	36,0
PDS	45,7 ¹	45,2 ²
SPD	29,7	30,2

1 Ende 2001, Statistisches Bundesamt 2004i: 178

2 zum 31.12.2003

Quellen: Für 2002: Statistisches Bundesamt 2004i: 177 f.; für die CSU 2004: schriftliche Mitteilung von Frau Leismüller, Landesleitung der CSU; für die FDP 2004: schriftliche Mitteilung von Herrn Wortmann, FDP-Bundesgeschäftsstelle

Im ALLBUS 2002 wurde auch nach dem Engagement in Parteien gefragt. Hier ging es nicht nur um Parteimitgliedschaften, sondern um die Mitarbeit in einer Partei. Diese Frage hat einerseits den Vorteil, nicht nur nominelle Mitgliedschaften, sondern konkrete Tätigkeiten zu erfassen, andererseits können sich hier auch Menschen einordnen, die sich, unter Verzicht auf eine formale Mitgliedschaft, in diesem Feld engagiert haben. Diese Frage ermöglicht eine Einschätzung der tatsächlichen Aktivitäten in Parteien, und beinhaltet auch Engagement, das noch nicht in Parteiämter einmündet. Tabelle 6.4 zeigt, dass Männer in allen Altersgruppen häufiger als Frauen angeben, schon einmal in einer Partei mitgearbeitet zu haben. Insgesamt ist der Anteil von Männern, die dies berichten, fast doppelt so hoch wie der von Frauen.

Tabelle 6.4: Mitarbeit in einer Partei nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2002 (absolut und in %)

Alter	„Haben Sie schon einmal in einer Partei mitgearbeitet?“		n =
	Geschlecht	Parteimitarbeit genannt	
18-29 J.	weiblich	5,4	204
	männlich	8,9	213
30-44 J.	weiblich	8,7	403
	männlich	11,4	402
45-59 J.	weiblich	9,9	313
	männlich	18,7	299
60-74 J.	weiblich	6,8	266
	männlich	18,3	262
insgesamt	weiblich	8,3	1.186
	männlich	14,5	1.176

Datenbasis: ALLBUS

Quelle: ALLBUS 2002; eigene Berechnungen

Die jüngeren Altersgruppen haben mit 7,2 Prozent der 18- bis 29-Jährigen und 10,1 Prozent der 30- bis 44-Jährigen deutlich seltener als die 45 Jahre alten und älteren diese Erfahrung vorzuweisen (ALLBUS 2002, eigene Berechnungen). Hier liegt einerseits ein Einfluss des Lebensalters vor: je älter jemand ist, desto länger bestand die Möglichkeit, politisch aktiv zu werden. Andererseits korrespondiert die geringere Mitarbeit Jüngerer in Parteien auch mit

dem geringeren politischen Interesse und der geringeren Wahlbeteiligung der jüngeren Altersgruppen.

Ohne gezielte Maßnahmen von Parteien scheint es bisher nicht möglich, Geschlechterparität in den Parteien voranzubringen. Die Repräsentanz von Frauen in Parteiämtern und Mandaten ist von solchen Maßnahmen ganz deutlich abhängig. Parteien, die sehr strikte Gleichstellungsregelungen haben, wie Bündnis 90/die Grünen, die PDS und die SPD, gelingt es deutlich besser, Frauen mit Ämtern und Mandaten gleichen Einfluss zu sichern, als jene Parteien, die eher unverbindliche Frauenförderrichtlinien haben, wie etwa die CSU und die FDP (Tabelle 6.5). Bündnis 90/die Grünen haben bereits 1986 eine Quote von 50 Prozent eingeführt. Die PDS beschloss in ihrer Parteisatzung ebenfalls eine 50-Prozent-Quote. Die SPD führte erstmals für die Bundestagswahl 1987 eine Kandidatinnenquote von 25 Prozent ein, seit 1988 gilt eine Quote von 40 Prozent. In der CDU gilt seit 1994 ein „Quorum“ von 33 Prozent für Parteiämter und Mandate (Hoecker 1995: 104-108). Die CSU und die FDP haben auf eine Quote verzichtet. Die FDP will jedoch laut Beschluss des Bundesvorstandes vom 7.4.2003 Frauen in ihrer Partei mit Hilfe von Networking- und Mentoringprogrammen fördern (FDP 2003).

In Tabelle 6.5 sind die Frauenanteile in Parteigremien dargestellt:

Tabelle 6.5: Frauenanteil in Parteigremien auf Bundesebene (in %)

Partei	Präsidium	Parteivorstand	Delegierte bei letztem Parteitag
SPD	46,2	57,8	44,4
CDU	28,6	39,0	33,8
CSU	26,3	20,9	22,3 ¹
FDP	33,0	17,6	19,2
Bündnis 90/Die Grünen	56,3 ²	50,0	42,3
PDS	n.v.	50,0	54,4

1 Landesparteitag

2 Parteirat

Quellen: CDU 2003; für die SPD 2004: schriftliche Mitteilung von Karin Litz-Wegner, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF); für die CSU 2004: schriftliche Mitteilung von Frau Leismüller, Landesleitung der CSU; für die FDP 2004: schriftliche Mitteilung von Herrn Wortmann, FDP-Bundesgeschäftsstelle

6.4.3 Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten

Zu Beginn dieses Abschnitts sollen zusammenfassend die höchsten Ämter des deutschen Staates und der Parteien in ihrer Besetzung nach Geschlecht dargestellt werden. Es sei daran erinnert, dass 1961 die erste Frau Ministerin wurde und bis 1987 nie mehr als zwei Frauen im Bundeskabinett vertreten waren (Süssmuth 1999). Der Frauenanteil im Kabinett hat sich mittlerweile auf 44 Prozent erhöht (Abbildung 6.3). Andere ranghohe politische Positionen blieben dagegen, wie der folgenden Zusammenstellung zu entnehmen ist, bisher in Männerhand:

Tabelle 6.6: Höchste Staats- und Parteiämter in der Bundesrepublik Deutschland 2005

Frauen unter den höchsten Repräsentanten des Staates		
	aktuell	bisher
Bundespräsident/-in	nein	keine Frau, aber Kandidatinnen
Bundestagspräsident/-in	nein	zwei Frauen (Annemarie Renger, Rita Süßmuth)
Bundeskanzler/-in	nein	keine Frau, derzeit eine Kandidatin
Ministerpräsidenten/-innen	nein	eine Frau (Heide Simonis)
Bundesrat	Im Bundesrat sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Aktuell sind 14 von 69 Mitgliedern des Bundesrats Frauen, das entspricht einem Frauenanteil von 20 %. Hinzu kommen 26 Frauen als stellvertretende Mitglieder des Bundesrats (von gesamt 109 stellvertretenden Mitgliedern, also einem Anteil von 23 %).	Es gab bisher noch keine Bundesratspräsidentin.
Bundesverfassungsgericht	Erster Senat des BverfG zwei Verfassungsrichterinnen (insg. 8) Zweiter Senat des BverfG zwei Verfassungsrichterinnen (insg. 8)	Von 1994 bis 2002 war eine Frau (Jutta Limbach) Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts.
Parteivorsitzende	SPD: nein, CDU: ja, CSU: nein, FDP: nein, Bündnis 90/Die Grünen: ja, PDS: nein	SPD: nein, CDU: ja, CSU: nein, FDP: nein, Bündnis 90/Die Grünen: ja
Fraktionsvorsitzende/ Fraktionsvorstände	SPD: nein, CDU/CSU: ja, FDP: nein, Bündnis 90/Die Grünen: ja	SPD: nein, CDU/CSU: ja, FDP: nein, Bündnis 90/Die Grünen: ja

Quellen: www.gruene-fraktion.de; www.cducusu.de; www.fdp-fraktion.de; www.spdfraktion.de; www.hanisauland.de; www.wissensnet.de; Stand: 1. Juni 2005

Dieser Abschnitt stellt im Folgenden die Partizipation von Frauen und Männern in Parlamenten und an politischen Führungspositionen dar. Es wird die Beteiligung von Frauen und Männern in Bundestag und Bundesregierung, den Länderparlamenten und den kommunalen Parlamenten beschrieben.

Frauen in Bundestag und Bundesregierung

Wie bereits in Kapitel 6.3 gezeigt wurde, sind die weiblichen Abgeordneten des Bundestags mit 32,2 Prozent im 15. Deutschen Bundestag noch immer in der Minderheit.

In der Bundesregierung sind Frauen jedoch deutlich besser vertreten. 2002 waren 43,6 Prozent der Regierungsmitglieder weiblich (Abbildung 6.3). Aktuell (Stand April 2004) gibt es 6 Ministerinnen und 7 Minister, 10 weibliche parlamentarische Staatssekretärinnen und 13 männliche parlamentarische Staatssekretäre. Unter den 23 beamteten Staatssekretären gibt es keine Frau.

Ausschussvorsitzende:

Gegenwärtig, im 15. Deutschen Bundestag gibt es 34 Ausschüsse und Unterausschüsse. In 13 Ausschüssen standen Frauen als Vorsitzende an der Spitze (Anteil von 38 %), 21 wurden von Männern geleitet. Dies ist eine Verschlechterung gegenüber dem 14. Deutschen Bundestag. In der letzten Legislaturperiode gab es insgesamt 28 Ausschüsse bzw. Unterausschüsse. Von den 28 Ausschussvorsitzenden waren 12 Frauen (42 %) und 16 Männer.

Tabelle 6.7 zeigt die Verteilung von Frauen und Männern in den Parteien bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestags:

Tabelle 6.7: Abgeordnete im 15. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Partei in Deutschland 2002 (absolut und in %)

Abgeordnete	SPD	CDU	CSU	Grüne	FDP	PDS	Insgesamt
Frauen (abs.)	95	43	12	32	10	2	194
Frauen (in %)	37,8	22,6	20,7	58,2	21,3	100	32,2
Männer (abs.)	156	147	46	23	37	0	409
Männer (in %)	62,2	77,4	79,3	41,8	78,7	0	67,8
Insgesamt (abs.)	251	190	58	55	47	2	603

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Wahlstatistik

Quelle: von Schwartzberg 2002: 833

Wie aus Tabelle 6.7 abzulesen ist, haben keineswegs alle Parteien ihre selbst gesetzten Quoten erfüllt. Während die SPD ihre Frauenquote von 40 Prozent nur knapp verfehlt, liegt die CDU mit 22,6 Prozent deutlich unter den geforderten 33 Prozent. Die Grünen übertreffen dagegen ihre 50 Prozent-Quote, während die PDS, da im 15. Deutschen Bundestag lediglich mit zwei Direktkandidatinnen vertreten, mit den anderen Parteien nicht vergleichbar ist. Auffallend ist, dass die beiden Parteien, die keine Quoten festgelegt haben, mit 21 Prozent Frauenanteil die Schlusslichter bilden.

Aufschlussreich ist es auch, den Frauenanteil an den Kandidaturen festzustellen und mit dem Anteil der tatsächlich gewählten weiblichen Abgeordneten zu vergleichen. Je nach Partei ist der Erfolg der Kandidatinnen sehr unterschiedlich. Während bei SPD, CSU und FDP weibliche Bundestagsabgeordnete in etwa entsprechend ihrem Anteil an Kandidatinnen gewählt wurden, waren bei den Grünen weibliche Kandidatinnen sehr viel erfolgreicher als männliche. Bei der CDU ist dies umgekehrt. Weibliche Kandidatinnen hatten deutlich geringere Chancen auch tatsächlich in den Bundestag gewählt zu werden als männliche (Tabelle 6.8).

Tabelle 6.8: Kandidaturen und gewählte Bundestagsabgeordnete bei der Bundestagswahl nach Geschlecht und Partei in Deutschland 2002 (absolut und in %)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Kandidatinnen (abs.)	209	153	17	84	143	96
gewählte Frauen (abs.)	95	43	12	10	32	2
gewählte Frauen (in %)	45,5	28,1	70,6	11,9	22,4	2,1
Kandidaten (abs.)	316	338	62	336	225	248
gewählte Männer (abs.)	156	147	46	37	23	0,0
gewählte Männer (in %)	49,4	43,5	74,2	11,0	10,2	0,0

Datenbasis: Wahlstatistik

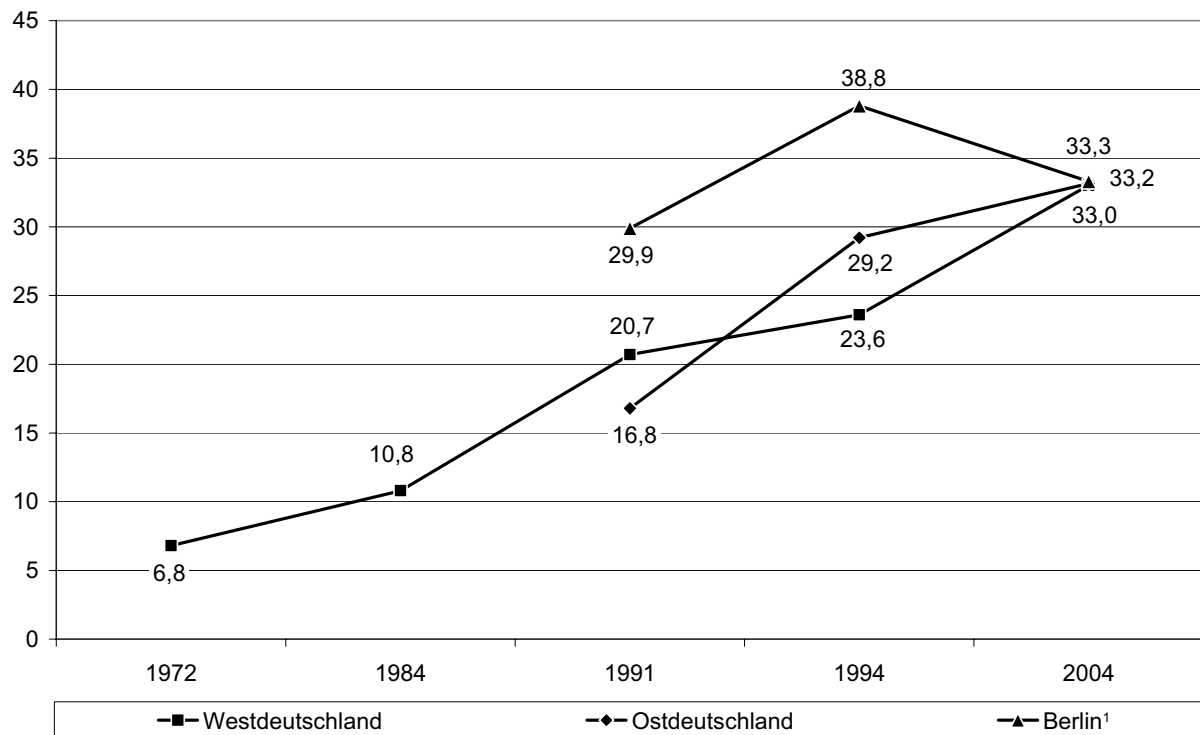
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Aus den Zahlen ist auch abzulesen, dass sich die Erfolgsaussichten von Kandidatinnen für Bundestagsmandate im Zeitverlauf verbessert haben. Cornelißen kam 1993 noch zu dem Ergebnis einer deutlicheren Schlechterstellung von Kandidatinnen. Eine solche Schlechterstellung zeigt Tabelle 6.8 bezogen auf die letzte Bundestagswahl sehr deutlich noch für die CDU. Bei Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich, dass Kandidaten (10,2 % gewählt) deutlich seltener als die Kandidatinnen (22,4 % gewählt) ein Bundestagsmandat erhalten haben.

Frauen in Länderparlamenten

Die Entwicklung des Anteils von weiblichen Abgeordneten in deutschen Länderparlamenten zeigt eine vergleichbar sprunghafte Entwicklung wie die im deutschen Bundestag. Sah es Mitte der 90er-Jahre so aus, als wären Frauen in Berlin und in den östlichen Bundesländern besser in den Landtagen repräsentiert als in den westlichen, so zeigt die folgende Abbildung, dass sich der Frauenanteil nun in ganz Deutschland auf durchschnittlich 33 Prozent beläuft. Es gibt also momentan keine Unterschiede im Frauenanteil zwischen den Länderparlamenten und dem Bundestag.

Abbildung 6.6: Frauenanteil in Länderparlamenten in Berlin sowie West- und Ostdeutschland 1972 bis 2004 (in %)

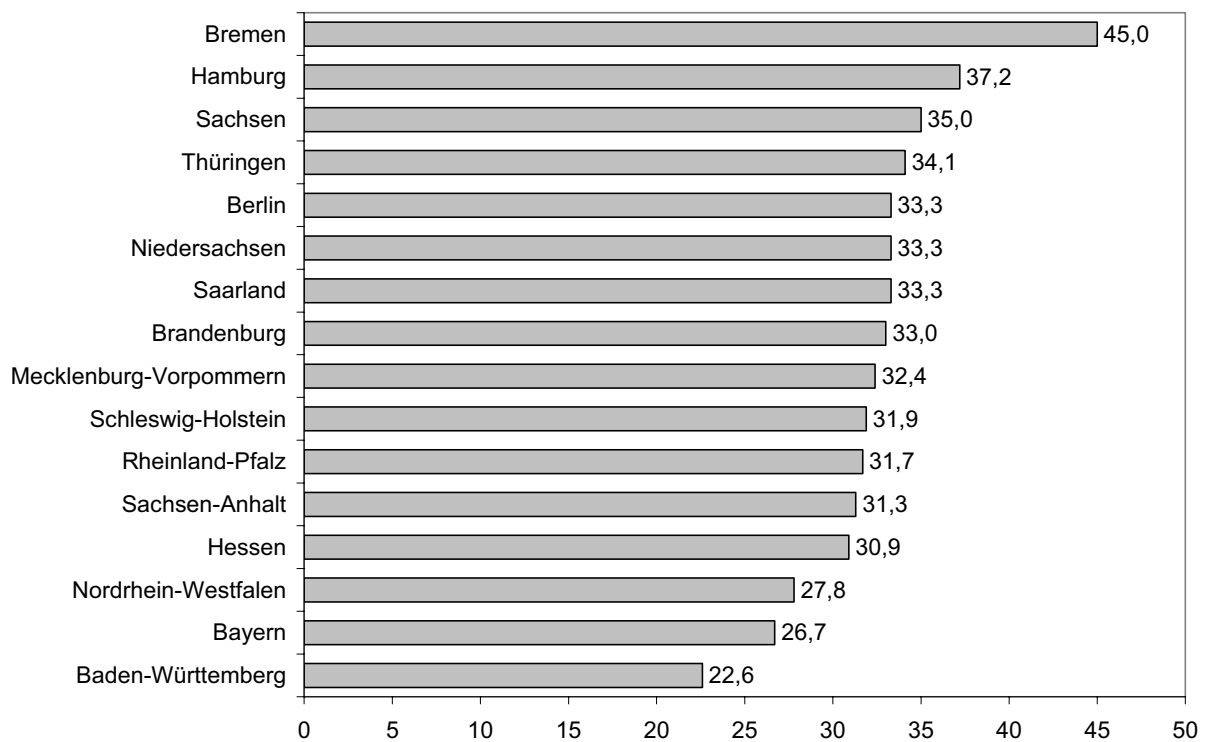


1 Für Berlin stammen die Angaben von 1990 statt 1991 und von 1995 statt 1994.

Quellen: Hoecker 1998a: 71; für 2004: Internetseiten der Landtage

Die Abbildung 6.7 zeigt die Frauenanteile in den Landtagen der 16 Bundesländer und macht so deutlich, dass es neben einer breiten mittleren Gruppe auch Bundesländer mit besonders geringem und besonders hohem Prozentsatz an weiblichen Abgeordneten gibt.

13 der 16 Länder bewegen sich mit ihrem Anteil an Parlamentarierinnen zwischen 31 und 35 Prozent: Überdurchschnittlich hohe Frauenanteile gibt es in Bremen und Hamburg. Deutlich unterdurchschnittlich ist Baden-Württemberg. Damit lässt sich weder ein eindeutiges Nord-Süd-Gefälle des Frauenanteils in Länderparlamenten noch etwa eine Rangordnung nach Regierungsparteien belegen. Es ist außerdem keine Tendenz eines generellen Unterschieds zwischen Ost- und Westdeutschland in der Höhe des Anteils der weiblichen Landtagsabgeordneten zu erkennen.

Abbildung 6.7: Frauenanteile in den Länderparlamenten in Deutschland 2005 (in %)

Quellen: Internetseiten der Landesregierungen, außerdem <http://de.wikipedia.org/wiki/Landesparlament> – Stand: 24.11.2004

Frauen in kommunalen Parlamenten

Die Beteiligung von Frauen in kommunalen Vertretungen und Parlamenten ist ein unzulänglich erforschtes Gebiet. Die wenigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu diesem Thema (u.a. Geißel 1999; Horstkötter 1989; Geißel/Sauer 2001) liegen bereits mehrere Jahre zurück. Die neuesten Zahlen zum Anteil von Frauen an Gemeinde- und Stadträten für Körperschaften mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden des Deutschen Städtetags zu entnehmen. Genaue Analysen aktueller Kommunalwahlen liegen vereinzelt bei den Statistischen Landesämtern vor (Baden-Württemberg, Bayern). 2002 waren 24,1 Prozent der Ratsmitglieder in deutschen Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern Frauen. Bei einem weiblichen Bevölkerungsanteil von 52 Prozent ist daher von einer deutlichen Unterrepräsentanz von Frauen auf kommunaler Ebene zu sprechen.

Den aktuellen Zahlen des Deutschen Städtetags ist zu entnehmen, dass der Frauenanteil an den Ratsmitgliedern in Gemeinden über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich höher ist als in kleineren Städten und Gemeinden (Tabelle 6.9). In großen Gemeinden entspricht die Repräsentanz weiblicher Ratsmitglieder mit deutlich über 30 Prozent etwa den Frauenanteilen an Landtags- und Bundestagsabgeordneten.

Tabelle 6.9: Frauenanteil an Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern in Deutschland 2002 (absolut und in %)

Gemeindegröße	insgesamt	darunter Frauen	Frauenanteil in %
1.000.000 und mehr	342	118	34,5
500.000 bis 1.000.000	732	262	35,8
200.000 bis 500.000	1.526	487	31,9
100.000 bis 200.000	2.010	654	32,5
50.000 bis 100.000	4.291	1.193	27,8
20.000 bis 50.000	14.960	3.593	24,0
10.000 bis 20.000	19.485	4.149	21,3
insgesamt	43.346	10.456	24,1

Quelle: Deutscher Städtetag 2002: 95

Tabelle 6.8 zeigt, dass in allen Parteien die Mitwirkung von Frauen im städtischen Milieu verbreiteter ist als in kleinen Gemeinden.

Tabelle 6.10: Frauenanteil an Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern nach Parteien in Deutschland 2002 (in %)

	Grüne	PDS	SPD	CDU/CSU	Sonstige	FDP	Wählergruppen
100.000 und mehr	49,9	40,3	39,2	26,7	18,9	27,4	23,4
50.000 bis 100.000	42,6	35,8	32,3	24,9	21,2	17,5	20,4
20.000 bis 50.000	37,4	36,6	28,5	21,0	21,0	16,1	17,5
10.000 bis 20.000	38,5	35,0	24,7	18,3	17,1	18,2	17,1
insgesamt	40,6	36,7	28,5	20,7	18,9	18,5	17,7

Quelle: Deutscher Städtetag 2002: 95

Da freie Wählergruppen auf der kommunalen Ebene eine große Rolle spielen, trägt deren geringer Frauenanteil zur schlechten Vertretung von Frauen auf kommunaler Ebene bei (siehe hierzu auch Infratest Burke 1995).

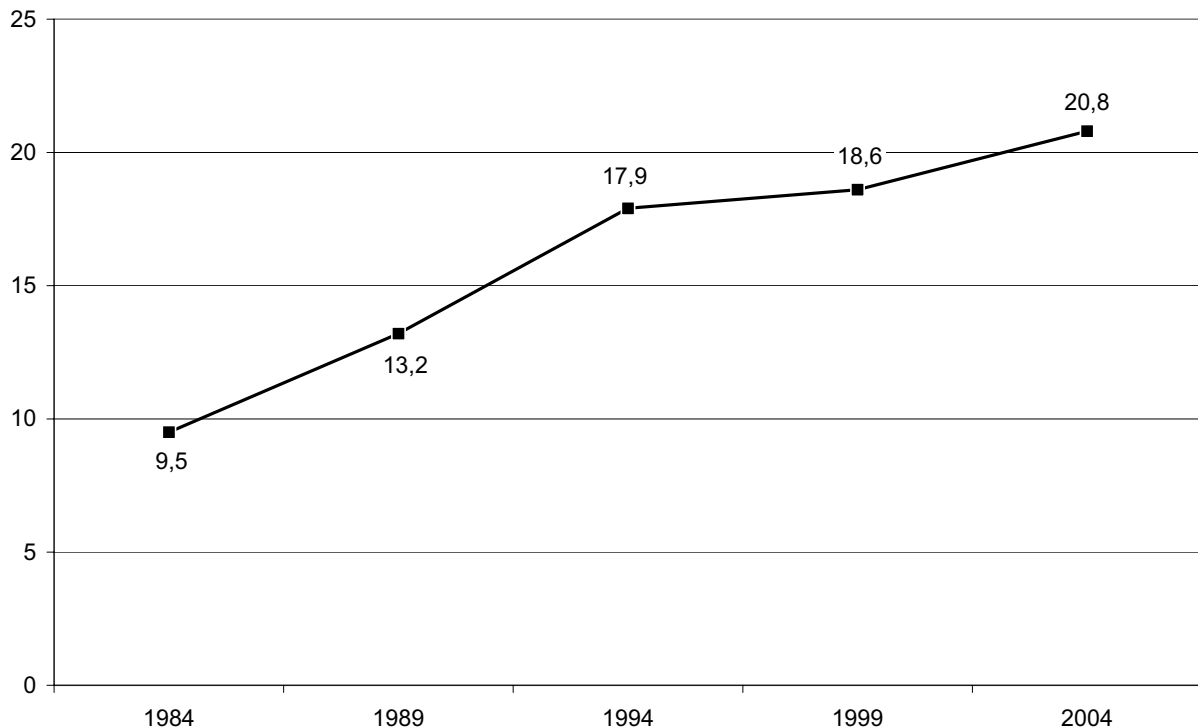
Die Beteiligung von Frauen an Ratsmitgliedschaften stieg wie auch in anderen Parlamenten kontinuierlich: 1973 waren nur 8,3 Prozent, 1985 14,4 Prozent und 1996 25,2 Prozent der Mandatsträger auf kommunaler Ebene¹⁶⁴ Frauen (Geißel/Penrose 2003: 8, unter Verweis auf Cornelißen 1993: 339).

Für die letzten Kommunalwahlen 2004 in Baden-Württemberg sind statistisch auch die kleineren Gemeinden ausgewiesen, so dass die Daten aussagekräftiger sind. Mit einem Frauenanteil von 20,8 Prozent unter den Gemeinderäten Baden-Württembergs scheinen Frauen auf den ersten Blick noch schlechter repräsentiert zu sein als in anderen Bundesländern. Da mit sinkender Gemeindegröße jedoch der Frauenanteil insgesamt geringer wird (Tabelle 6.9), und in Abbildung 6.8 im Gegensatz zu Tabelle 6.9 auch Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern berücksichtigt sind, rechtfertigen die vorhandenen Daten diesen Schluss nicht. Sie stützen eher die These, dass Frauen auf dem Lande der Zugang zu politischer Arbeit schwerer möglich ist als in (Groß-)städten.

¹⁶⁴ Es handelt sich hier um gewählte lokale Volksvertreter, wie z.B. Stadträte, Stadtverordnete.

Wie die folgende Abbildung zeigt, ist in Baden-Württemberg in den letzten 20 Jahren ein stetiges Ansteigen des Frauenanteils in Gemeinderäten festzustellen. Allerdings verläuft diese Zunahme seit 1994 merklich abgeflacht.

Abbildung 6.8: Entwicklung des Frauenanteils an Gemeinderäten in Baden-Württemberg 1984 bis 2004 (in %)



Datenbasis: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Quelle: Wehling 2004: 3

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg verzeichnet, dass die Zahl der Gemeinden, in deren Gemeinderäten überhaupt keine Frauen vertreten sind seit 1989 stetig zurückgegangen ist. Gegenwärtig, nach den Kommunalwahlen 2004, sind dies immerhin noch 54 von 1.100 Kommunen (Tabelle 6.11).

Tabelle 6.11: Gemeinderäte ohne Frauen in Baden-Württemberg 1989 bis 2004 (absolut)

Jahr	1989	1994	1999	2004
Gemeinderäte ohne Frauen	174	84	72	54

Quelle: AKTIV 27, 1/2005: 11, Statistisches Landesamt Baden Württemberg

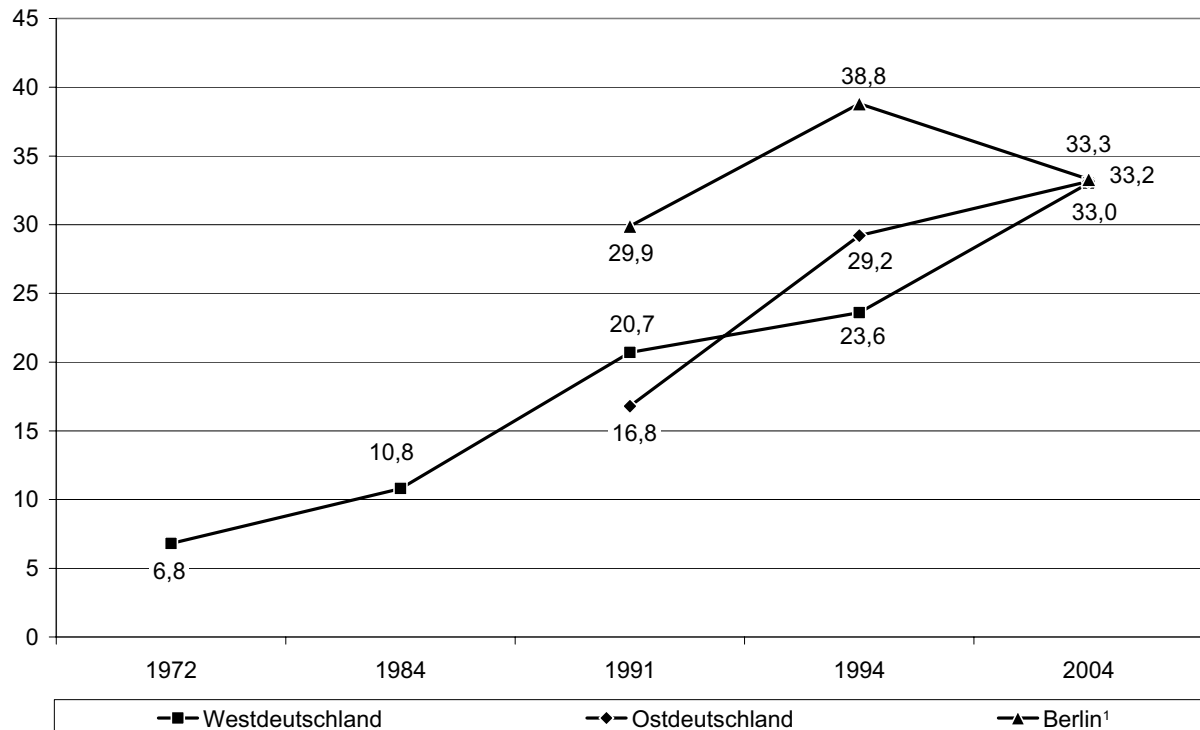
In Bayern stellen 2002 Frauen bei den Bezirksräten 29,4 Prozent, bei den Stadträten 32,2 Prozent, bei den Kreisräten 22,3 Prozent und bei den Gemeinderäten 16,4 Prozent. Hier bestätigt sich noch einmal, dass in kleineren Gemeinden der Frauenanteil an den Kommunalparlamenten geringer ist als in größeren (Statistisches Landesamt Bayern: 2002).

Für Brandenburg liegen Zahlen zu den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen

nach den Kommunalwahlen am 26.10.2003 vor: hier waren 209 von 936 Abgeordneten weiblich, das entspricht einem Anteil von 22,3 Prozent.

In den ostdeutschen Kommunen lag der Anteil von Frauen unter den lokalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in den 80er-Jahren ungefähr bei 40 Prozent (Geißel/Sauer 2001: 6). Die Daten, die die Autorinnen für die ostdeutschen Bundesländer Ende der 90er-Jahre zusammengetragen haben, bewegen sich ausnahmslos auf dem weit niedrigeren Westniveau (Geißel/Sauer 2001: 7 f.)¹⁶⁵ So gab es in Thüringen in den 90er-Jahren in den Stadträten nur ca. 20 Prozent Frauen (ebd.). Angesichts der relativen Einflusslosigkeit der Gemeindeparlamente in der DDR entspricht dem Verlust von Mandaten allerdings kaum ein Verlust von Einfluss (Hampelweiblichen Abgeordneten in deutschen Länderparlamenten zeigt eine vergleichbar sprunghafte Entwicklung wie die im deutschen Bundestag. Sah es Mitte der 90er-Jahre so aus, als wären Frauen in Berlin und in den östlichen Bundesländern besser in den Landtagen repräsentiert als in den westlichen, so zeigt die folgende Abbildung, dass sich der Frauenanteil nun in ganz Deutschland auf durchschnittlich 33 Prozent beläuft. Es gibt also momentan keine Unterschiede im Frauenanteil zwischen den Länderparlamenten und dem Bundestag.

Abbildung 6.9: Frauenanteil in Länderparlamenten in Berlin sowie West- und Ostdeutschland 1972 bis 2004 (in %)



1 Für Berlin stammen die Angaben von 1990 statt 1991 und von 1995 statt 1994.

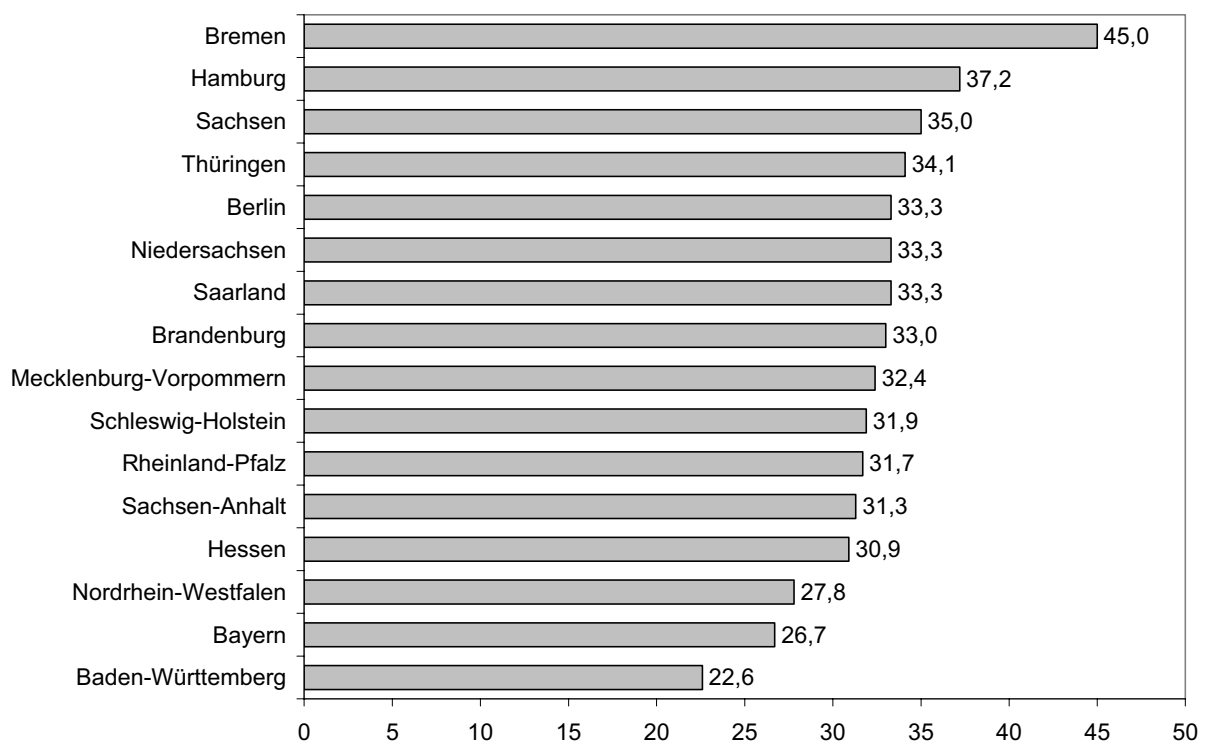
¹⁶⁵ „Der Anteil weiblicher Kreistagsmitglieder in Thüringen der Nachwendezeit beispielsweise lag erheblich unter den DDR-Werten und pendelte sich bis zum Jahr 2000 auf ca. 20 Prozent ein. In der von uns analysierten thüringischen Stadt (...) sank der Frauenanteil im Stadtrat im Jahr 1990 auf 18 Prozent; er steigerte sich bei den 1994er Wahlen auf 30,9 Prozent, um dann 1999 erneut zu fallen, nämlich auf 26,6 Prozent“ (Geißel/Sauer 2001: 7).

Quellen: Hoecker 1998a: 71; für 2004: Internetseiten der Landtage

Die Abbildung 6.7 zeigt die Frauenanteile in den Landtagen der 16 Bundesländer und macht so deutlich, dass es neben einer breiten mittleren Gruppe auch Bundesländer mit besonders geringem und besonders hohem Prozentsatz an weiblichen Abgeordneten gibt.

13 der 16 Länder bewegen sich mit ihrem Anteil an Parlamentarierinnen zwischen 31 und 35 Prozent: Überdurchschnittlich hohe Frauenanteile gibt es in Bremen und Hamburg. Deutlich unterdurchschnittlich ist Baden-Württemberg. Damit lässt sich weder ein eindeutiges Nord-Süd-Gefälle des Frauenanteils in Länderparlamenten noch etwa eine Rangordnung nach Regierungsparteien belegen. Es ist außerdem keine Tendenz eines generellen Unterschieds zwischen Ost- und Westdeutschland in der Höhe des Anteils der weiblichen Landtagsabgeordneten zu erkennen.

Abbildung 6.10: Frauenanteile in den Länderparlamenten in Deutschland 2005 (in %)



Quellen: Internetseiten der Landesregierungen, außerdem <http://de.wikipedia.org/wiki/Landesparlament> – Stand: 24.11.2004

Frauen in Bundestag und Bundesregierung

Wie bereits in Kapitel 6.3 gezeigt wurde, sind die weiblichen Abgeordneten des Bundestags mit 32,2 Prozent im 15. Deutschen Bundestag noch immer in der Minderheit.

In der Bundesregierung sind Frauen jedoch deutlich besser vertreten. 2002 waren 43,6 Prozent der Regierungsmitglieder weiblich (Abbildung 6.3). Aktuell (Stand April 2004) gibt es 6 Ministerinnen und 7 Minister, 10 weibliche parlamentarische Staatssekretärinnen und 13 männliche parlamentarische Staatssekretäre. Unter den 23 beamteten Staatssekretären gibt

es keine Frau.

Ausschussvorsitzende:

Gegenwärtig, im 15. Deutschen Bundestag gibt es 34 Ausschüsse und Unterausschüsse. In 13 Ausschüssen standen Frauen als Vorsitzende an der Spitze (Anteil von 38 %), 21 wurden von Männern geleitet. Dies ist eine Verschlechterung gegenüber dem 14. Deutschen Bundestag. In der letzten Legislaturperiode gab es insgesamt 28 Ausschüsse bzw. Unterausschüsse. Von den 28 Ausschussvorsitzenden waren 12 Frauen (42 %) und 16 Männer.

Tabelle 6.10 zeigt die Verteilung von Frauen und Männern in den Parteien bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestags:

Tabelle 6.12: Abgeordnete im 15. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Partei in Deutschland 2002 (absolut und in %)

Abgeordnete	SPD	CDU	CSU	Grüne	FDP	PDS	Insgesamt
Frauen (abs.)	95	43	12	32	10	2	194
Frauen (in %)	37,8	22,6	20,7	58,2	21,3	100	32,2
Männer (abs.)	156	147	46	23	37	0	409
Männer (in %)	62,2	77,4	79,3	41,8	78,7	0	67,8
Insgesamt (abs.)	251	190	58	55	47	2	603

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Wahlstatistik

Quelle: von Schwartzberg 2002: 833

Wie aus Tabelle 6.10 abzulesen ist, haben keineswegs alle Parteien ihre selbst gesetzten Quoten erfüllt. Während die SPD ihre Frauenquote von 40 Prozent nur knapp verfehlt, liegt die CDU mit 22,6 Prozent deutlich unter den geforderten 33 Prozent. Die Grünen übertreffen dagegen ihre 50 Prozent-Quote, während die PDS, da im 15. Deutschen Bundestag lediglich mit zwei Direktkandidatinnen vertreten, mit den anderen Parteien nicht vergleichbar ist. Auffallend ist, dass die beiden Parteien, die keine Quoten festgelegt haben, mit 21 Prozent Frauenanteil die Schlusslichter bilden.

Aufschlussreich ist es auch, den Frauenanteil an den Kandidaturen festzustellen und mit dem Anteil der tatsächlich gewählten weiblichen Abgeordneten zu vergleichen. Je nach Partei ist der Erfolg der Kandidatinnen sehr unterschiedlich. Während bei SPD, CSU und FDP weibliche Bundestagsabgeordnete in etwa entsprechend ihrem Anteil an Kandidatinnen gewählt wurden, waren bei den Grünen weibliche Kandidatinnen sehr viel erfolgreicher als männliche. Bei der CDU ist dies umgekehrt. Weibliche Kandidatinnen hatten deutlich geringere Chancen auch tatsächlich in den Bundestag gewählt zu werden als männliche (Tabelle 6.11).

Tabelle 6.13: Kandidaturen und gewählte Bundestagsabgeordnete bei der Bundestagswahl nach Geschlecht und Partei in Deutschland 2002 (absolut und in %)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Kandidatinnen (abs.)	209	153	17	84	143	96
gewählte Frauen (abs.)	95	43	12	10	32	2
gewählte Frauen (in %)	45,5	28,1	70,6	11,9	22,4	2,1
Kandidaten (abs.)	316	338	62	336	225	248
gewählte Männer (abs.)	156	147	46	37	23	0,0
gewählte Männer (in %)	49,4	43,5	74,2	11,0	10,2	0,0

Datenbasis: Wahlstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

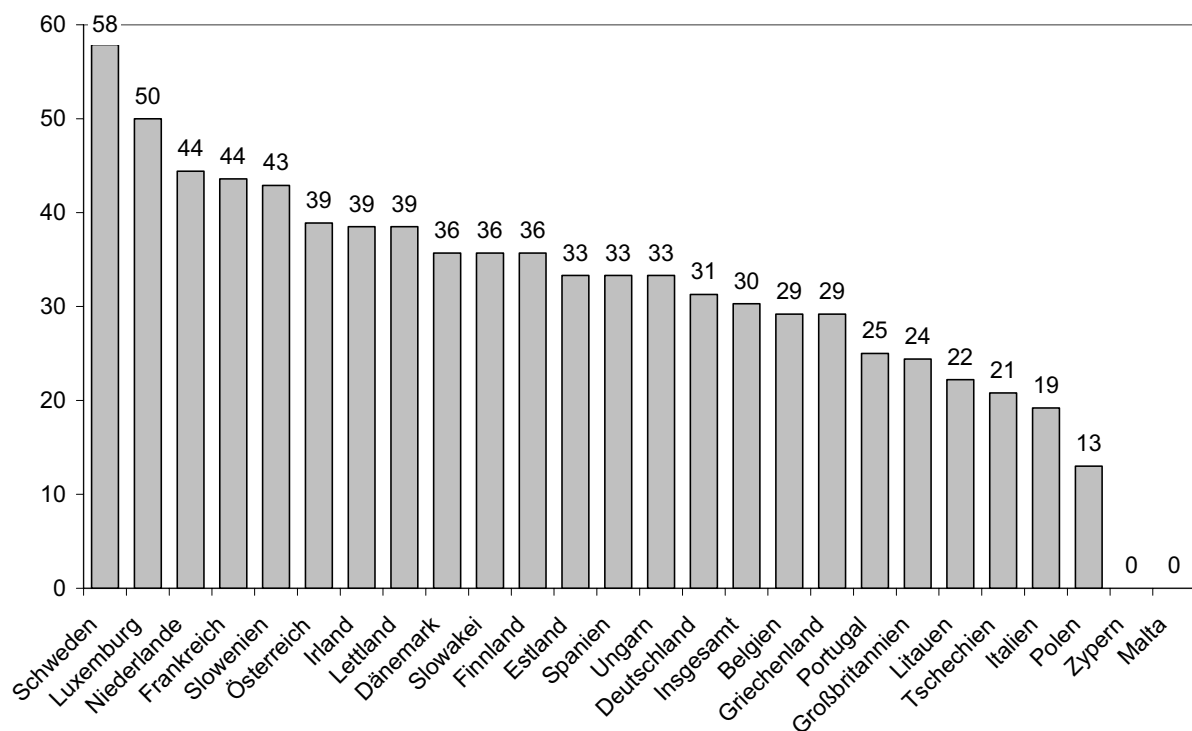
Aus den Zahlen ist auch abzulesen, dass sich die Erfolgsaussichten von Kandidatinnen für Bundestagsmandate im Zeitverlauf verbessert haben. Cornelißen kam 1993).

Frauen im Europäischen Parlament

Abbildung 6.8 zeigt den Frauenanteil im 2004 gewählten Europäischen Parlament. Auffallend

ist, dass beide Beitrittsländer, die im Mittelmeer liegen, keine Frau im EP haben. Auch Polen mit 13 Prozent erreicht nicht das Niveau der anderen EU-Staaten. Am unteren Ende sind außerdem Italien, Tschechien, Litauen und Großbritannien zu finden. Den Spitzenplatz dagegen nimmt Schweden mit einem Frauenanteil von 58 Prozent ein. Deutschland liegt mit 31 Prozent Frauenanteil im EU-Parlament nahe am EU-Durchschnitt, der 30,3 Prozent beträgt.

Abbildung 6.11: Frauen im EU-Parlament 2004 (in %)



Anmerkung: Die Länder werden nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: In Schweden ist der Anteil der Frauen im Europäischen Parlament am höchsten, in Zypern und auf Malta am niedrigsten.

Quelle: elections2004

6.4.4 Frauen und Männer in Gewerkschaften

Im ALLBUS 2002 gaben 18 Prozent der Männer und 11 Prozent der Frauen an, derzeit Gewerkschaftsmitglied zu sein. Bei der Frage, ob die Interviewten früher einmal Gewerkschaftsmitglied waren, bestätigten dies 33,4 Prozent der Männer im Vergleich zu 25,4 Prozent der Frauen. Das Statistische Bundesamt gab an, dass 20 Prozent der abhängig erwerbstätigen Frauen und 36 Prozent der Männer Mitglied einer Gewerkschaft sind (Stand Ende 2002, Statistisches Bundesamt 2004a: 77, nach Angaben des DGB). Frauen sind also seltener als Männer gewerkschaftlich organisiert.

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der größte Dachverband von Einzelgewerkschaften zählte Ende 2002 rund 7,7 Mio. Mitglieder. Ein knappes Drittel (32 %) von ihnen waren Frauen“ (Statistisches Bundesamt 2004a: 77).

Wie aus der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, sind Frauen in Gewerkschaftsvorständen

der einzelnen Gewerkschaften unterschiedlich repräsentiert (Tabelle 6.12). Während sie, gemessen an ihrem Mitgliederanteil, in der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall), der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) und der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zu gering an den Vorständen beteiligt sind, ist das weibliche Geschlecht in der Industriegewerkschaft Bau (IG BAU), der Gewerkschaft der Polizei (GdP), bei der Gewerkschaft für Transport, Service und Netze (TRANSNET) und im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) angemessen vertreten. Es sei allerdings angemerkt, dass durch die kleine Zahl an Vorstandsmitgliedern eine Bewertung solcher Prozentzahlen schwierig ist.

Tabelle 6.14: Frauenanteil in den geschäftsführenden Vorständen der Gewerkschaften und unter den Mitgliedern in Deutschland 2003 (in %)

Gewerkschaft	Vorstände insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil Vorstände (in %)	Frauenanteil Mitglieder (in %)
IG BAU	11	2	18	14
IG BCE	7	1	14	20
GEW	8	5	63	68
IG Metall	7	1	14	19
NGG	3	1	33	40
GdP	10	2	20	18
TRANSNET	3	1	33	21
ver.di	16	6	38	49
DGB	5	2	40	32

Quelle: DGB und Gewerkschaften (www.einblick.dgb.de, einblick 20/03)

6.5 Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer

6.5.1 Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten

Im ALLBUS 2002 wurde danach gefragt, ob das politische Interesse sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht vorhanden ist. Diese Frage spezifiziert nicht, was genau unter „Politik“ zu verstehen ist, nahe liegend ist hier die Auffassung von Politik in ihrer institutionalisierten Form. Es wurde daher wiederholt (z.B. Cornelißen 1993; Hoecker 1995; Geißel/Penrose 2003) kritisiert, dass dieses Instrument möglicherweise das Interesse von Frauen an sozialen und politischen Fragen nicht angemessen erfasst.

Die Ergebnisse des ALLBUS 2002 weisen wie bereits frühere Befunde auf deutliche Geschlechterunterschiede hin. Frauen zeigen sich im Vergleich zu Männern weniger an Politik interessiert.

Tabelle 6.15: Politisches Interesse nach Geschlecht in Deutschland (in %)

	„Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“					insgesamt (in %)	n =
	sehr stark (in %)	stark (in %)	mittel (in %)	wenig (in %)	überhaupt nicht (in %)		
weiblich	6,0	17,6	41,9	23,7	10,9	100,0	1.427
männlich	14,8	27,6	39,9	13,1	4,9	100,0	1.393
insgesamt	10,3	22,6	40,9	18,4	7,8	100,0	2.820

Datenbasis: ALLBUS 2002

Quelle: ALLBUS 2002; eigene Berechnungen

Auffallend ist außerdem, dass das hier erfasste Interesse von Frauen an Politik sich in der jüngeren Generation keineswegs vergrößert hat. Im Gegenteil: die 18- bis 29-jährigen Frauen interessieren sich mit 14,5 Prozent am häufigsten „überhaupt nicht“ für Politik, die Prozentsatzdifferenz zu den gleichaltrigen Männern ist hier am größten (Tabelle 6.14).

Tabelle 6.16: Politisches Interesse nach Geschlecht und Alter in Deutschland (absolut und in %)

Alter	Geschlecht	„Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“					insgesamt (in %)	n =
		sehr stark (in %)	stark (in %)	mittel (in %)	wenig (in %)	überhaupt nicht (in %)		
18-29 J.	weiblich	3,4	15,8	41,0	25,2	14,5	100,0	234
	männlich	10,9	24,0	42,6	17,8	4,7	100,0	258
	insgesamt	7,3	20,1	41,9	21,3	9,3	100,0	492
30-44 J.	weiblich	4,5	16,6	44,3	23,1	11,5	100,0	445
	männlich	12,1	26,3	41,1	14,8	5,6	100,0	445
	insgesamt	8,3	21,5	42,7	19,0	8,5	100,0	890
45-59 J.	weiblich	7,2	18,8	43,8	22,3	7,8	100,0	345
	männlich	18,6	29,9	35,8	11,8	3,8	100,0	338
	insgesamt	12,9	24,3	39,8	17,1	5,9	100,0	683
60-74 J.	weiblich	7,0	18,5	42,1	23,8	8,6	100,0	302
	männlich	17,5	31,9	37,5	9,1	3,9	100,0	285
	insgesamt	12,1	25,0	39,9	16,7	6,3	100,0	587

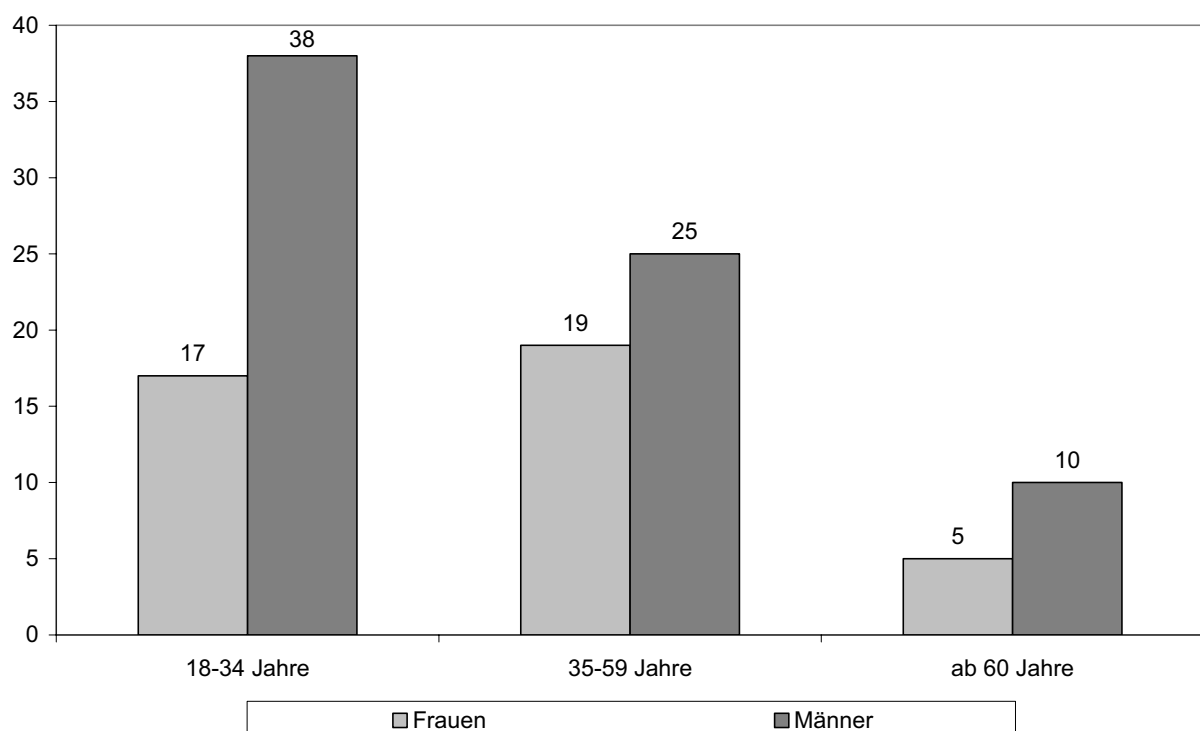
Datenbasis: ALLBUS 2002

Quelle: ALLBUS 2002; eigene Berechnungen

Die zurückhaltende Einstufung des eigenen politischen Interesses von Frauen korrespondiert mit der Distanz zu politischen Ämtern und Institutionen, wie sie in der folgenden Abbildung 6.9 zum Ausdruck kommt.

Abbildung 6.12: Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes von Frauen und Männern in Deutschland (in %)

Statement: „Ich wäre zur Übernahme eines politischen Amtes bereit.“



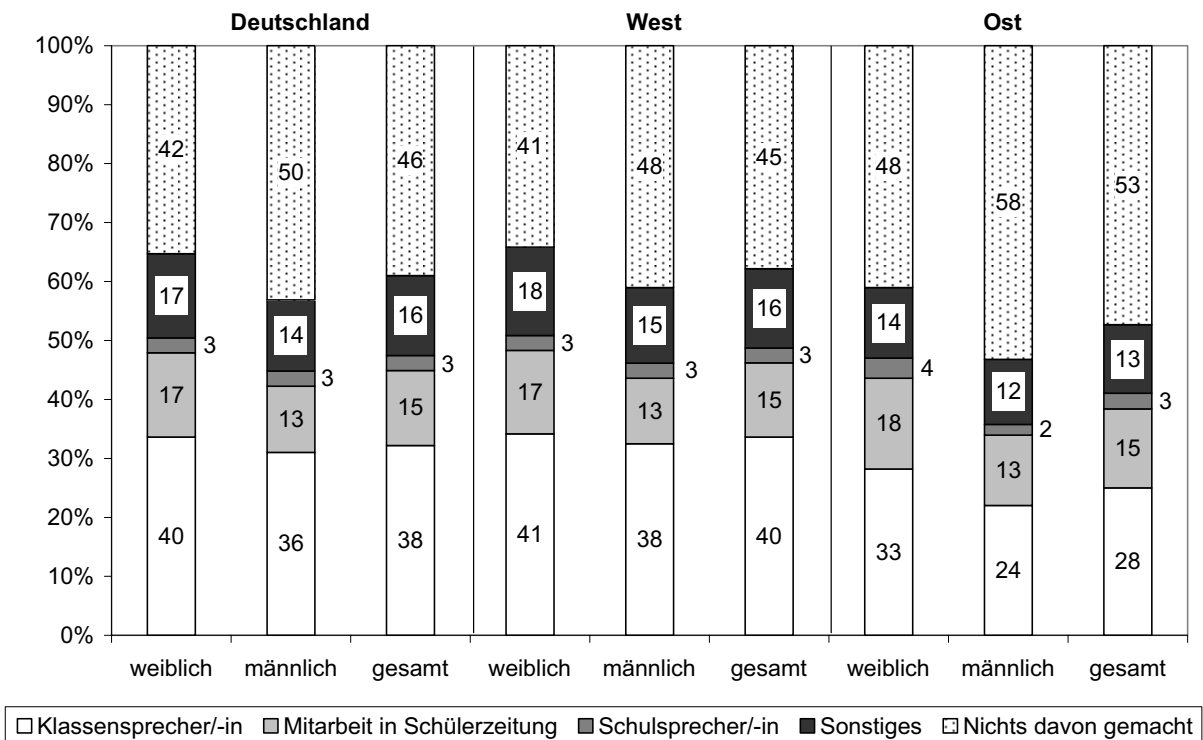
Datenbasis: Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld: Politische Partizipation in Deutschland 11/2003, n = 1.241

Quelle: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2004: 92

Auch hier fällt die besonders große Zurückhaltung jüngerer Frauen im Vergleich zu Männern dieser Altersgruppe auf. Mögliche Zusammenhänge mit Belastungen von jüngeren Frauen durch eine Familienphase oder schlicht mit einem größeren Selbstbewusstsein von jungen Männern können hier nur vermutet werden. Die geringe Bereitschaft der über 60-Jährigen zur Übernahme eines Mandats mag sowohl mit einem Alterseffekt – wer bis zu diesem Zeitpunkt noch kein politisches Amt innehatte, wird nun auch keines mehr für sich in Betracht ziehen – als auch mit einem Kohorteneffekt (z.B. der durchschnittlich geringeren Bildung der älteren Altersgruppen), zusammenhängen.

Es scheint das explizit „politische“ Amt zu sein, das für junge Frauen weniger als für junge Männer erstrebenswert erscheint. Mädchen und junge Frauen sind nämlich zum Beispiel in der Schülerelbstverwaltung und für ihre Schülerzeitung sogar etwas aktiver als ihre männlichen Klassenkameraden (Abbildung 6.10). Im Osten fällt die Geschlechterdiskrepanz zu Gunsten der Mädchen noch größer aus als im Westen.

Abbildung 6.13: Aktivitäten von 12- bis 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (absolut und in %)



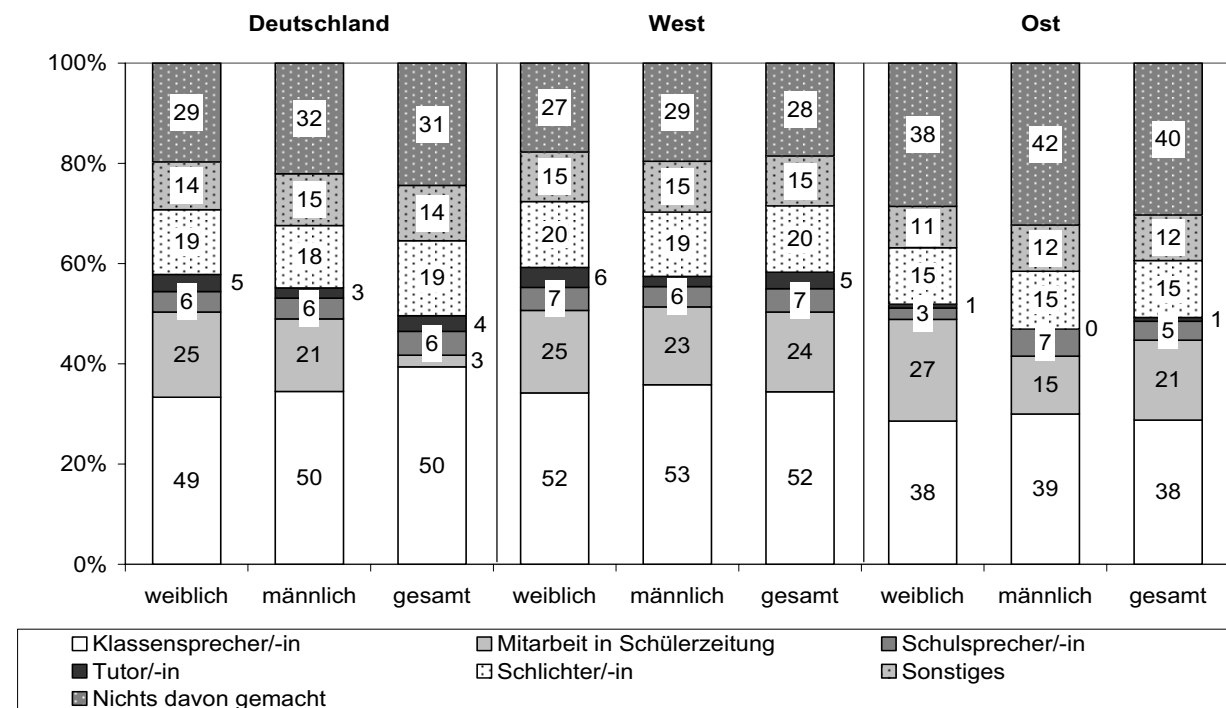
Datenbasis: DJI-Jugend survey¹⁶⁶

Quelle: DJI-Jugend survey 2003

Bei der älteren Schülergruppe ist der Vorsprung der jungen Frauen etwas geschrumpft (Abbildung 6.11). Nun ist in Westdeutschland ein Prozentsatzunterschied im schulischen Engagement von zwei Prozentpunkten und in den östlichen Bundesländern von vier Prozentpunkten zu Gunsten der Schülerinnen festzustellen.

166 Weitere Informationen unter www.dji.de/jugendsurvey.

Abbildung 6.14: Aktivitäten von 16- bis 29-jährigen Schülerinnen und Schülern in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (absolut und in %)



Anmerkung: Legende ist in Leserichtung zu lesen: Klassensprecher/-in, Mitarbeit in Schülerzeitung, Schulsprecher/-in, Tutor/-in, Schlichter/-in, Sonstiges, Nichts davon gemacht

Datenbasis: DJI-Jugendurveys

Quelle: DJI-Jugendurveys 2003

6.5.2 Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche

Für Frauen und Männer haben unterschiedliche Politikbereiche offensichtlich unterschiedliches Gewicht. In der Wahltagsbefragung von Infratest Dimap wurden Frauen und Männer nach den für sie Wahl entscheidenden Aspekten gefragt. Dabei ergaben sich die in der folgenden Tabelle zusammengestellten Befunde (Tabelle 6.15).

Tabelle 6.17: Wahlentscheidende Aspekte bei der Abgabe der Zweitstimme bei der Bundestagswahl in Deutschland 2002 (in %)

Aspekte für die Wahlentscheidung (Mehrfachnennungen)	Frauen	Männer	Insgesamt
Wirtschaftspolitik	31,4	45,4	37,5
Ausländerpolitik	14,7	17,6	15,9
Arbeitsmarktpolitik	30,3	31,7	30,0
Innere Sicherheit, Kriminalität	13,1	13,4	13,4
Umweltpolitik	16,4	14,5	15,2
Steuerpolitik	13,0	18,6	15,4
Soziale Gerechtigkeit	32,6	28,1	30,5
Schul-, Bildungspolitik	18,3	10,6	14,0
Außen- und Sicherheitspolitik	16,8	19,7	18,0
Summe	186,6	199,6	189,9
keine Angabe	6,5	4,9	7,1

Datenbasis: Wahltagsbefragung, Bundestagswahl 2002

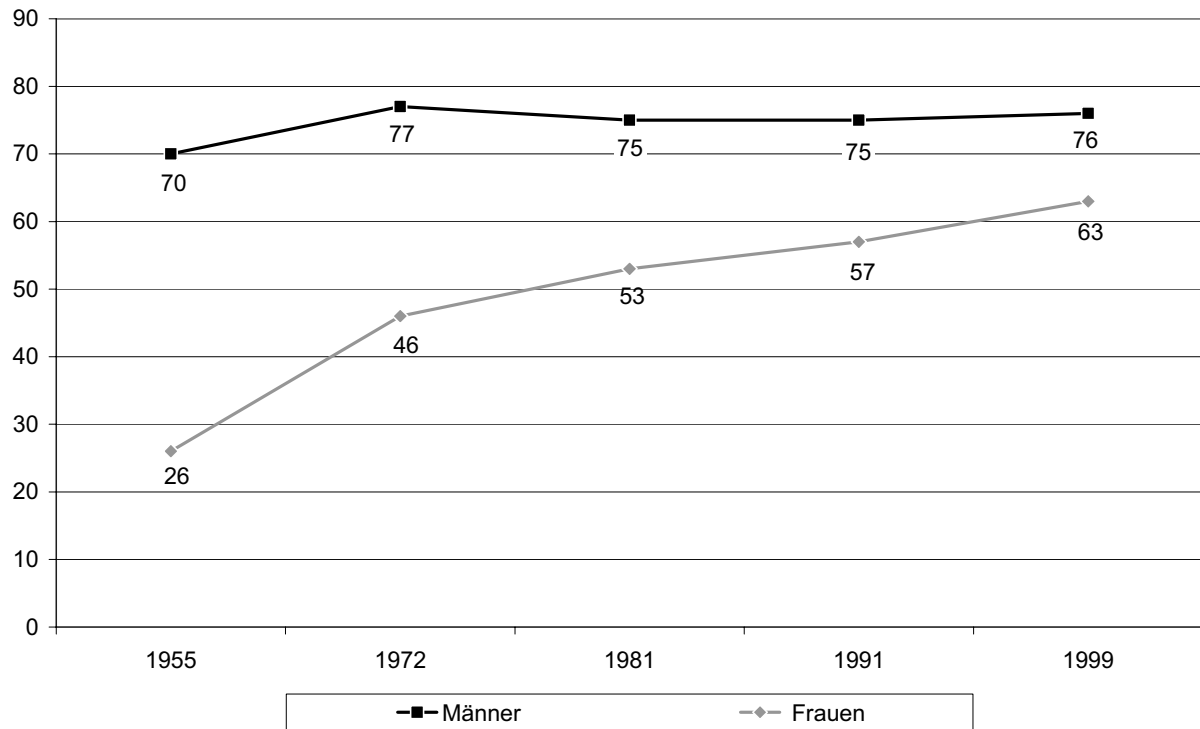
Quelle: Infratest Dimap (nachrichtlich durch Infratest Dimap, Frau Müller-Hilmer, 11.01.2005)

Männern ist die Wirtschaftspolitik einer Partei besonders wichtig für die Wahlentscheidung. Mit 45,4 Prozent Nennung ist dieser Aspekt für die männlichen Befragten der wichtigste überhaupt und derjenige, bei dem die größten Unterschiede zu den Einschätzungen der Frauen bestehen. Frauen nennen am häufigsten „Soziale Gerechtigkeit“ als Politikbereich, den sie für ihre Wahlentscheidung heranziehen. Schul- und Bildungspolitik sind für Frauen sehr viel häufiger als für Männer Wahl entscheidend. Während Arbeitsmarktpolitik und „Innere Sicherheit“ für beide Geschlechter gleich bedeutsam sind, nennen Männer „Steuerpolitik“ aber auch „Außen- und Sicherheitspolitik“ etwas häufiger als wichtige Politikfelder. Es gibt also einige Politikfelder, denen Frauen und Männer unterschiedliche Bedeutung für ihre Wahlentscheidung beimessen.

Ein weiterer Indikator für die Bevorzugung bzw. Vernachlässigung unterschiedlicher politischer Themenbereiche durch Frauen und Männer ist die selektive Mediennutzung. Allensbach hat anhand der Zeitungslektüre seit den 50er-Jahren die geschlechtsspezifische Beschäftigung mit verschiedenen Politikressorts ermittelt.

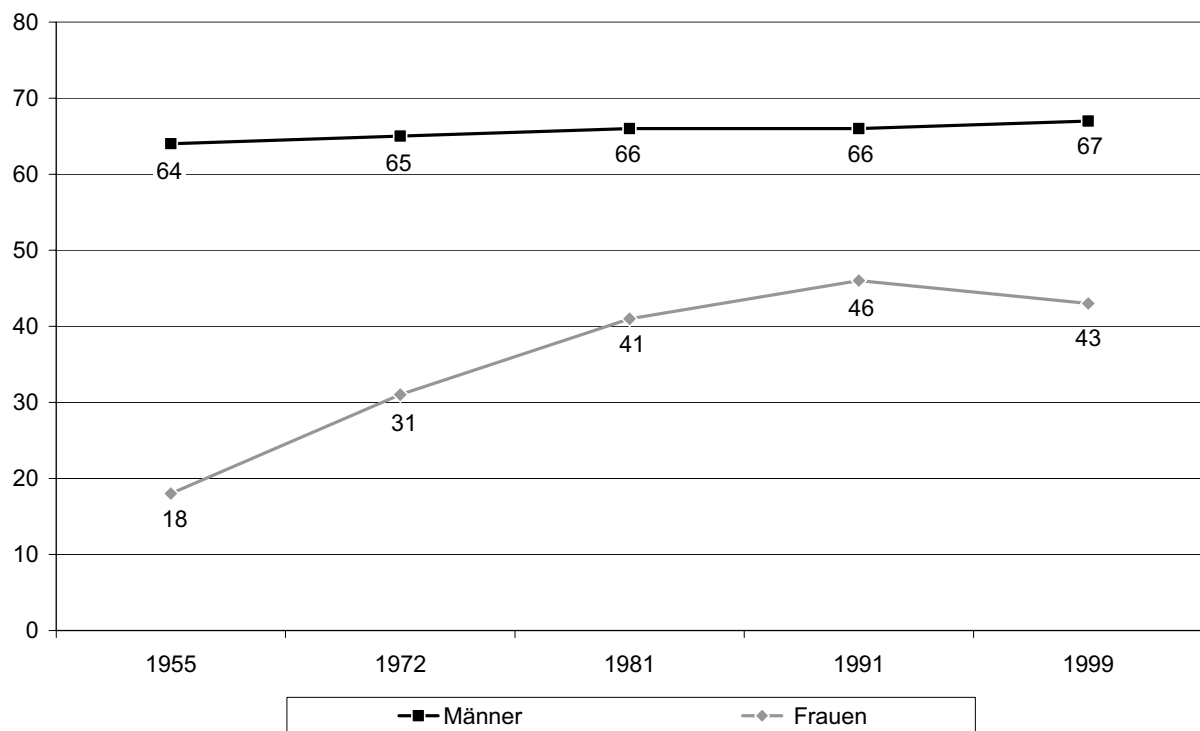
In den drei folgenden Abbildungen ist die Entwicklung der Lektüre von Zeitungsmeldungen aus den Bereichen Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik nach Geschlecht dargestellt. In der Innen- wie Außenpolitik hat sich das Interesse der männlichen Leser seit 1955 kaum verändert; lediglich beim Wirtschaftsteil ist eine bedeutende Zunahme der Lektüre von Männern festzustellen. Das 1955 noch recht geringe Interesse von Frauen an Berichten über *Innen- und Außenpolitik* hat in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich und deutlich zugenommen – ohne allerdings das Niveau der Männer zu erreichen. Das Interesse von Frauen an *Wirtschaftsthemen* erfährt lediglich eine schwache Zunahme und verbleibt deutlich unter dem Interesse von Männern (Abbildung 6.12, Abbildung 6.13 und Abbildung 6.14).

Abbildung 6.15: Es lesen in der Tageszeitung im Allgemeinen politische Meldungen und Berichte aus Deutschland 1955 bis 1999 (in %)



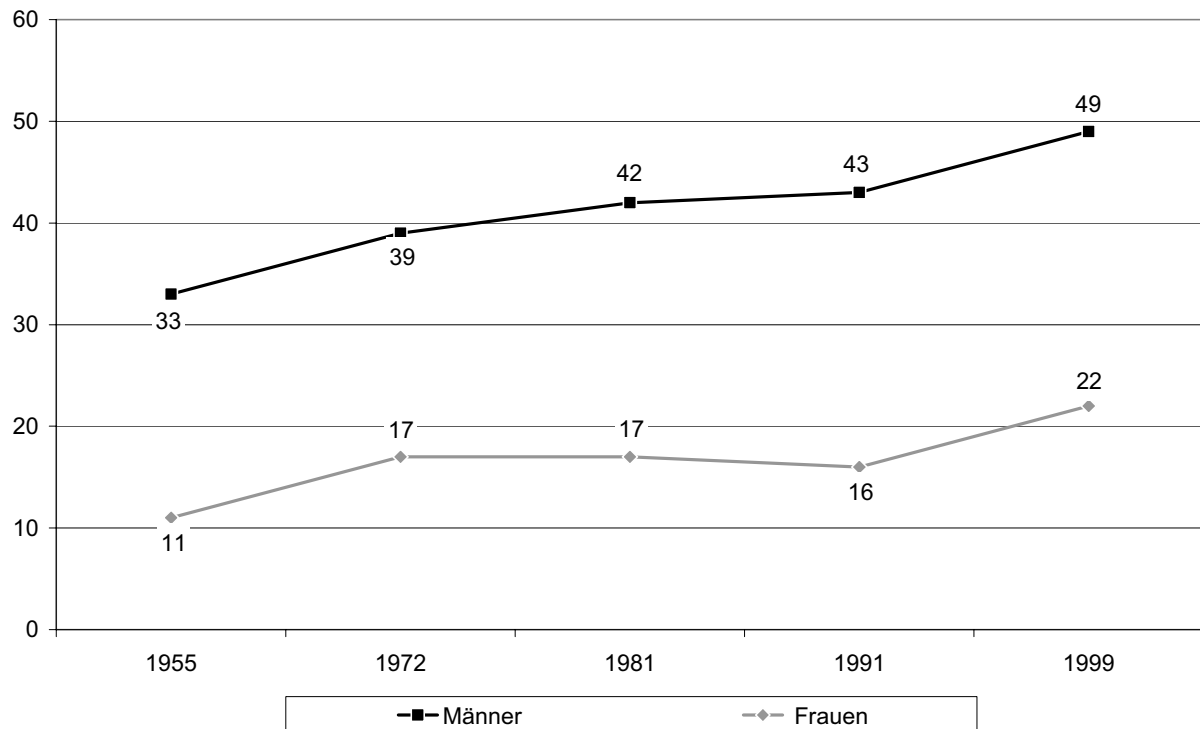
Quelle: Noelle-Neumann/Köcher 2002: 395 f.

Abbildung 6.16: Es lesen in der Tageszeitung im Allgemeinen politische Meldungen und Berichte aus dem Ausland 1955 bis 1999 (in %)



Quelle: Noelle-Neumann/Köcher 2002: 395 f.

Abbildung 6.17: Es lesen in der Tageszeitung im Allgemeinen den Wirtschaftsteil, Wirtschaftsnachrichten 1955 bis 1999 (in %)



Quelle: Noelle-Neumann/Köcher 2002: 395 f.

Die Nennung Wahl entscheidender Aspekte und die Angabe zu Lektüreschwerpunkten beim Zeitungslernen beleuchten die Bedeutung der einzelnen Politikfelder aus sehr verschiedenen Blickwinkeln. Dennoch fällt in beiden Untersuchungen auf, dass Frauen wirtschaftspolitischen Themen deutlich weniger Interesse entgegenbringen als Männer. Außenpolitik war 2002 weder für Frauen noch für Männer von dominierender Bedeutung bei ihrer Wahlentscheidung (Tabelle 6.15). Frauen verstärkten in den 90er-Jahren ihr Interesse an Zeitungsberichten aus dem Ausland. Von einem Desinteresse von Frauen an außenpolitischen Fragen lässt sich also heute nicht mehr sprechen. Trotz des seit den 50er-Jahren deutlich gewachsenen Interesses von Frauen an außenpolitischen Themen in Tageszeitungen, liegt der Anteil der Frauen, die im Allgemeinen politische Meldungen und Berichte aus dem Ausland in der Tageszeitung verfolgen, deutlich niedriger als der der Männer. Die Angleichung der Lektüreinteressen von Frauen an innenpolitischen Vorgängen, findet sich auch in der differenzierten Abfrage Wahl entscheidender Politikfelder wieder: Die von Frauen vergleichsweise häufig genannten Themen wie „soziale Gerechtigkeit“ und Bildungspolitik sind eher dem Bereich der Berichterstattung über Deutschland zuzuordnen.

6.6 Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen

6.6.1 Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement

Definition: Freiwilliges bzw. Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt

„Das traditionelle ‚Ehrenamt‘ beruht auf der Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und großen gesellschaftlichen Organisationen wie Kirchen, Parteien und Gewerkschaften. Es ist zumeist ein Amt, in das man gewählt wird und sich verpflichtet, es einen gewissen (meist mehrjährigen) Zeitraum auszuüben. Neue Formen des ‚freiwilligen Engagements‘ oder der ‚Freiwilligenarbeit‘ finden eher statt in selbstinitiierten Projekten und Initiativen, häufig mit zweck- oder zeitgebundener Perspektive. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die geringere Verbindlichkeit der Teilnahme. Diese Verbindlichkeit hat eher den Charakter einer subjektiven Verpflichtung“ (Picot 2001: 120 f.).

Für den Bereich des freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland gibt es mittlerweile verschiedene empirische Erhebungen, die Auskunft über den aktuellen Stand der Beteiligung von Frauen und Männern geben. Die bisher umfangreichsten Untersuchungen zum freiwilligen Engagement stellen die Freiwilligensurveys 1999 und 2004 dar. Um nicht nur traditionelle Formen des Ehrenamts zu erfassen, liegt der Studie ein breites Verständnis freiwilligen Engagements zu Grunde (s.o.). In repräsentativen Stichproben wurden 1999 und 2004 jeweils knapp 15.000 Menschen ab 14 Jahren in Deutschland befragt. Mit der zweiten Welle des Freiwilligensurvey 2004 können aktuelle Daten und Ergebnisse dargestellt werden. Zudem wurde in der Auswertung Wert darauf gelegt, Vergleiche zu 1999 aufzuzeigen und Entwicklungen darzustellen (Gensicke 2004).

In den Freiwilligensurveys wurden 14 Aktivitäts- bzw. Engagementbereiche erfasst (Picot 2001; Gensicke 2004). Diese beinhalten: 1. Sport und Bewegung, 2. Kultur und Musik, 3. Freizeit und Geselligkeit, 4. Sozialer Bereich, 5. Gesundheitsbereich, 6. Schule/Kindergarten, 7. Außerschulische Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene, 8. Umwelt-/Natur-/Tierschutz, 9. Politik und politische Interessenvertretung, 10. Berufliche Interessenvertretung außerhalb des Betriebes, 11. Kirchlicher bzw. religiöser Bereich, 12. Justiz und Kriminalitätsprobleme, 13. Unfall-/Rettungsdienst und freiwillige Feuerwehr und 14. sonstige bürgerschaftliche Aktivitäten am Wohnort (Picot 2001).¹⁶⁷

Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich auf verschiedenen Ebenen verorten: die Verbreitung bestimmter Engagementformen, deren thematische Orientierungen, deren Zeitumfang und die eingenommene Position (Leitungsfunktion) variieren mit dem Geschlecht.

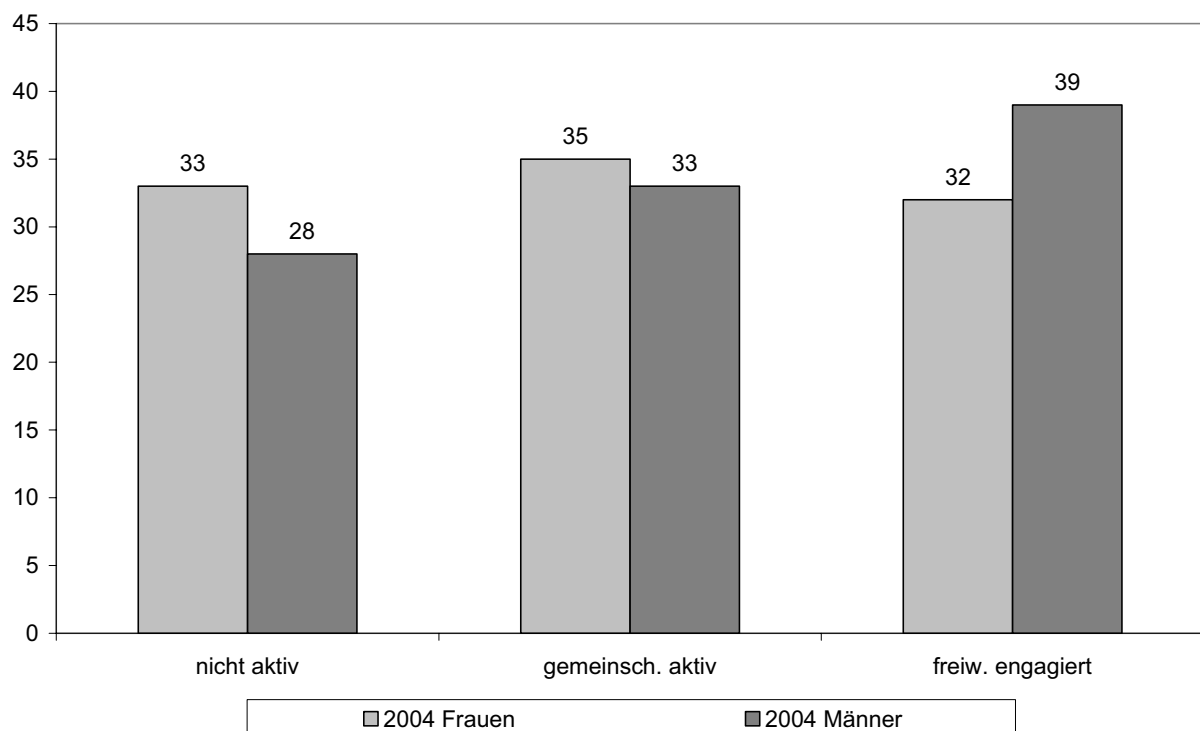
167 Die Frage lautete wie folgt: „Es gibt vielfältige Möglichkeiten außerhalb von Beruf und Familie irgendwo mitzumachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe. Ich nenne Ihnen verschiedene Bereiche, die dafür in Frage kommen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie sich in einem oder mehreren dieser Bereiche irgendwo aktiv beteiligen“ (Picot 2001: 126 Fußnote 27). „Alle Personen, ‚die irgendwo mitmachen‘ werden dann im zweiten Schritt gefragt, ob sie in den genannten Tätigkeitsbereichen ‚auch ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben oder in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen engagiert sind. Es geht um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die man unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung ausübt“ (Picot 2001: 126).

Betrachten wir zunächst, wie verbreitet Gemeinschaftsaktivitäten und das freiwillige Engagement von Frauen und Männern sind.¹⁶⁸

Die folgende Grafik zeigt die Personen, die Gemeinschaftsaktivitäten ausüben neben denen, die sich freiwillig engagieren (Abbildung 6.15). Um den Unterschied zu verdeutlichen: Als „gemeinschaftlich aktiv“ werden Personen bezeichnet, die in der Befragung angeben, in einem der Tätigkeitsbereiche (Sport, Kultur, Umwelt etc.) „mitzumachen“, also z.B. als aktives Mitglied im Sportverein Sport zu betreiben, bei „freiwillig Engagierten“ geht es um Personen, die *darüber hinaus* eine Aufgabe übernehmen¹⁶⁹ (siehe Fragetext in Fußnote 167).

Der Freiwilligensurvey zeigt, dass Männer häufiger freiwillig engagiert sind als Frauen; Frauen werden häufiger lediglich gemeinschaftlich aktiv, ohne zusätzlich freiwillige oder ehrenamtliche Arbeiten zu übernehmen. Der Anteil der freiwillig engagierten Männer liegt 2004 bei 39 Prozent und der der Frauen bei immer noch beachtlichen 32 Prozent (Abbildung 6.15).

Abbildung 6.18: Gemeinschaftlich Aktive und freiwillig Engagierte nach Geschlecht in Deutschland 2004 (in %)



Anmerkung: Alle Personen, die „irgendwo mitmachen“ ohne formal Verantwortung zu übernehmen, werden als „gemeinschaftlich aktiv“ bezeichnet. Wenn diese Personen unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung Aufgaben oder Arbeiten in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen übernehmen, werden sie nicht als „gemeinschaftlich aktiv“, sondern als „freiwillig engagiert“ bezeichnet (Picot 2001: 125).

Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004

Quelle: Gensicke 2004: 35

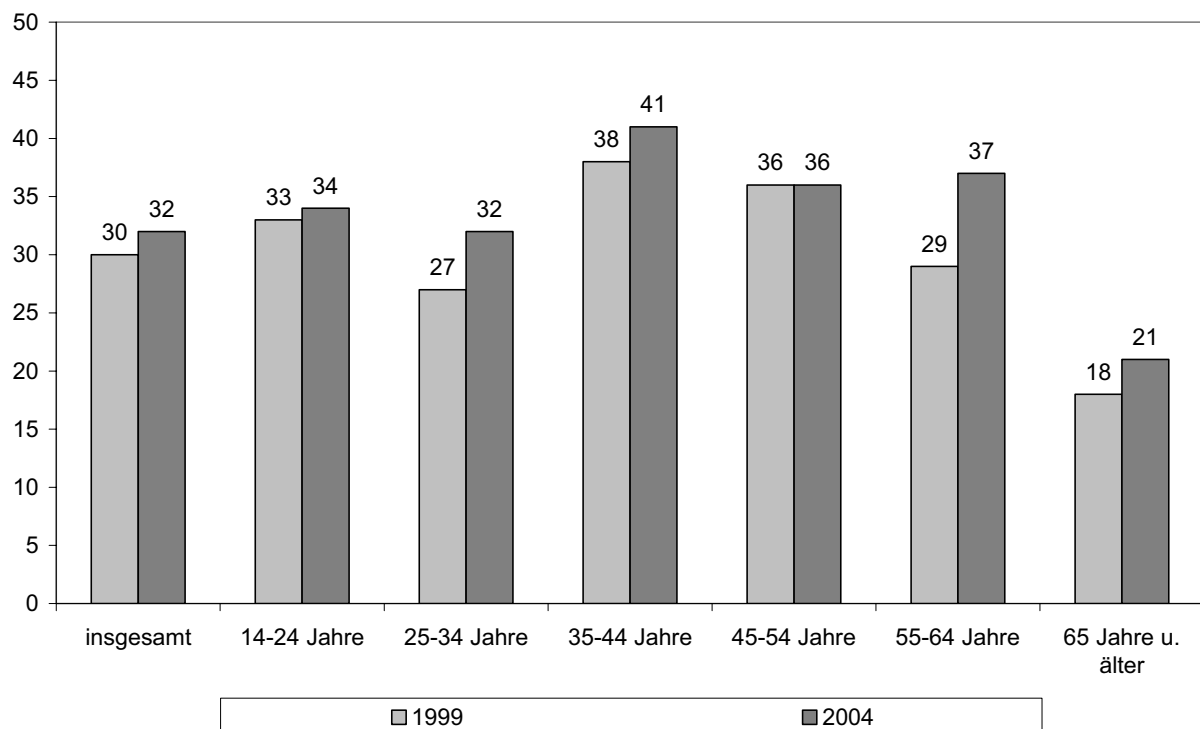
¹⁶⁸ Zur Unterscheidung von Gemeinschaftsaktivität und freiwilligen Engagement siehe Anmerkung unter Abbildung 6.15.

¹⁶⁹ Ein Beispiel für gemeinschaftliche Aktivität wäre etwa das Singen im Chor eines Musikvereins, freiwilliges Engagement dagegen die Tätigkeit als Notenwart in diesem Verein.

Das freiwillige Engagement von Frauen stieg zwischen 1999 und 2004 um zwei Prozentpunkte, das der Männer stagnierte auf höherem Niveau (Abbildung 6.16 und 6.17). Bei der Analyse des freiwilligen Engagements in unterschiedlichen Altersgruppen zeigen sich zusätzlich aufschlussreiche Veränderungen der Beteiligung von Frauen und Männern. Bei den Männern der beiden jüngsten Altersgruppen von 14 bis 34 Jahren hat das freiwillige Engagement 4 Prozentpunkte abgenommen, bei den Männern bis 64 Jahren stagnierte es oder nahm nur leicht zu (Abbildung 6.17). In der Gruppe der über 65-jährigen Männer vergrößerte sich der Personenkreis der freiwillig Engagierten deutlich um 6 Prozentpunkte.

Die Entwicklung des freiwilligen Engagements von Frauen ist nahezu gegenläufig: Zwar stagnierte das freiwillige Engagement der Frauen unter 24 Jahren, bei den 25- bis 34-Jährigen gab es jedoch Zuwächse von 5 Prozentpunkten und bei den 35- bis 44-Jährigen immer noch von 3 Prozentpunkten. Besonders deutlich ist die Vergrößerung des Anteils der bürgerschaftlich engagierten Beteiligung von Frauen bei den 55- bis 64-Jährigen, die im Vergleich zu 1999 2004 um 8 Prozentpunkte häufiger freiwillig engagiert waren.

Abbildung 6.19: Freiwillig engagierte Frauen nach Altersgruppen in Deutschland 1999 und 2004 (in %)

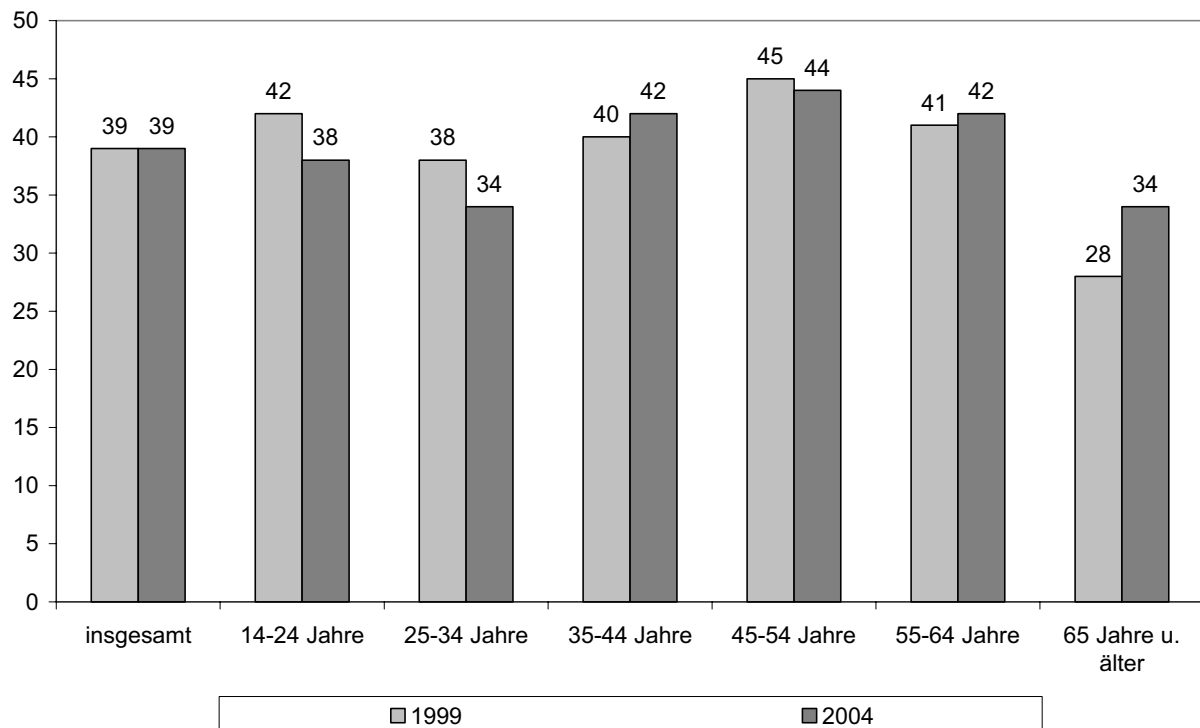


Anmerkung: Alle Personen, die „irgendwo mitmachen“ ohne formal Verantwortung zu übernehmen, werden als „gemeinschaftlich aktiv“ bezeichnet. Wenn diese Personen unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung Aufgaben oder Arbeiten in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen übernehmen, werden sie nicht als „gemeinschaftlich aktiv“, sondern als „freiwillig engagiert“ bezeichnet (Picot 2001: 125)

Datenbasis Freiwilligensurvey 2004

Quelle: Gensicke 2004: 35

Abbildung 6.20: Freiwillig engagierte Männer nach Altersgruppen in Deutschland 1999 und 2004 (in %)



Anmerkung: Alle Personen, die „irgendwo mitmachen“ ohne formal Verantwortung zu übernehmen, werden als „gemeinschaftlich aktiv“ bezeichnet. Wenn diese Personen unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung Aufgaben oder Arbeiten in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen übernehmen, werden sie nicht als „gemeinschaftlich aktiv“, sondern als „freiwillig engagiert“ bezeichnet (Picot 2001: 125).

Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004

Quelle: Gensicke 2004: 35

Es lässt sich also feststellen, dass sich Frauen nicht im gleichen Maße an freiwilliger Arbeit beteiligen wie Männer, dass sich ihre Beteiligungsquote aber der von Männern annähert. Dies betrifft insbesondere die mittleren und jüngeren Altersgruppen.

Ein weiterer in zahlreichen Untersuchungen belegter Geschlechterunterschied im bürgerschaftlichen Engagement ist die Konzentration von Frauen und Männern auf unterschiedliche Formen der Beteiligung. In der folgenden Tabelle lassen sich für die im Freiwilligensurvey erhobenen Gemeinschaftsaktivitäten geschlechtsspezifische Schwerpunkte ablesen (Tabelle 6.16).

Tabelle 6.18: Gemeinschaftsaktivität in 14 Bereichen in Deutschland 1999 und 2004 (in %)

Aktivitätsbereiche	Jahr	Insgesamt (in %)	Geschlecht (in %)	
			Frauen	Männer
Sport und Bewegung	1999	36,5	35,0	38,0
	2004	40,0	39,0	41,0
Freizeit/Geselligkeit	1999	25,0	23,5	26,5
	2004	25,5	23,0	28,0
Kultur und Musik	1999	16,0	15,5	16,0
	2004	18,0	18,0	18,0
Schule/Kindergarten	1999	11,0	13,0	8,5
	2004	12,5	14,5	10,0
Soziales	1999	11,0	12,5	9,0
	2004	13,0	14,0	12,0
Kirche und Religion	1999	10,0	11,5	8,0
	2004	11,5	13,5	9,0
Beruf außerhalb d. Betriebes	1999	9,0	6,0	12,5
	2004	9,5	6,5	13,0
Umwelt- und Tierschutz	1999	8,5	8,0	9,0
	2004	9,5	9,0	10,0
Politik und Interessenvertretung	1999	6,5	3,5	9,0
	2004	7,0	4,0	10,0
Jugendarbeit/Bildungsarbeit für Erwachsene	1999	6,0	5,0	7,0
	2004	7,0	7,0	8,0
Lokales bürgerschaftliches Engagement	1999	5,0	4,0	6,0
	2004	7,0	5,5	8,5
Freiwillige Feuerwehr/ Rettungsdienste	1999	4,5	2,5	7,0
	2004	5,5	3,0	8,0
Gesundheit	1999	4,5	5,5	3,5
	2004	4,5	5,5	3,5
Justiz und Kriminalitätsprobleme	1999	1,5	1,0	1,5
	2004	1,5	1,0	1,5
Durchschnittliches Wachstum über alle Bereiche: 1999=100		+11,0	+11,0	+12,0

Anmerkung: Hier sind alle die Personen erfasst, die sich an einem der genannten Bereiche aktiv beteiligen, ohne allerdings eine herausgehobene Aufgabe zu übernehmen.

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004

Quelle: Gensicke 2004: 27

Für beide Geschlechter haben der Sport und die Geselligkeit in der Freizeit sowie Kultur und Musik eine herausragende Bedeutung bei den gemeinschaftlichen Aktivitäten. Frauen werden aber deutlich häufiger als Männer im Kindergarten- und im Schulbereich sowie in Kirche und Religion gemeinschaftlich aktiv. Auch im sozialen und im Gesundheitsbereich werden Frauen etwas häufiger aktiv. Im Vergleich zu 1999 haben Männer bei sozialen Aktivitäten deutlich aufgeholt, so dass sich in diesem Zeitraum die Prozentsatzdifferenz verringert hat. Schwerpunkte gemeinschaftlicher Aktivitäten, an denen sich Männer häufiger als Frauen beteiligen, sind berufliche Tätigkeiten außerhalb des Betriebs, politische Interessenvertretung, lokales bürgerschaftliches Engagement sowie freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste. Auffallend ist, dass

die stärker von Männern favorisierten Bereiche häufig mit politischer Interessenvertretung in Zusammenhang stehen. Im Bereich Sport und Bewegung haben zwar die Männer bei den Gemeinschaftsaktivitäten noch einen Vorsprung von 2 Prozentpunkten; im Vergleich zu 1999 haben Frauen hier jedoch deutlich hinzu gewonnen (Tabelle 6.16).

Der Freiwilligensurvey zeigt, dass es viele Bereiche gibt, in denen sich Frauen und Männer etwa zu gleichen Teilen beteiligen. Dies sind Kultur und Musik, Umwelt- und Tierschutz, Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene sowie Justiz- und Kriminalitätsprobleme.

In der Tabelle 6.17 ist nun das *freiwillige Engagement* in den 14 bereits betrachteten Bereichen ausgewiesen. Jetzt werden also die über bloße Aktivität hinausgehende ehrenamtliche oder freiwillige Übernahme von Aufgaben und Arbeiten betrachtet (Gensicke 2004: 24).

Tabelle 6.19: Freiwilliges Engagement in 14 Bereichen in Deutschland 1999 und 2004

Aktivitätsbereiche	Jahr	Insgesamt (in %)	Geschlecht (in %)	
			Frauen	Männer
Sport und Bewegung	1999	11,0	7,5	15,0
	2004	11,0	8,0	14,0
Freizeit/Geselligkeit	1999	5,5	4,5	6,5
	2004	5,0	4,0	6,5
Kultur und Musik	1999	5,0	3,5	6,0
	2004	5,5	4,5	6,5
Schule/Kindergarten	1999	6,0	7,0	4,5
	2004	7,0	8,0	5,5
Soziales	1999	4,0	5,0	3,0
	2004	5,5	6,0	4,5
Kirche und Religion	1999	5,5	6,5	4,0
	2004	6,0	7,0	5,0
Beruf außerhalb d. Betriebes	1999	2,5	1,0	3,5
	2004	2,5	1,0	4,0
Umwelt- und Tierschutz	1999	2,0	1,5	2,0
	2004	2,5	2,0	3,0
Politik und Interessenvertretung	1999	2,5	1,5	4,0
	2004	2,5	1,0	4,5
Jugendarbeit/Bildungsarbeit für Erwachsene	1999	1,5	1,5	2,0
	2004	2,5	2,0	2,5
Lokales bürgerschaftliches Engagement	1999	1,5	1,0	1,5
	2004	2,0	1,5	2,5
Freiwillige Feuerwehr/Rettungsdienste	1999	2,5	1,0	4,0
	2004	3,0	1,0	4,5
Gesundheit	1999	1,0	1,5	1,0
	2004	1,0	1,0	0,5
Justiz und Kriminalitätsprobleme	1999	0,5	0,5	1,0
	2004	0,5	0,5	0,5
Ø Wachstum über alle Bereiche: 1999=100		+11,0	+10,0	+12,0

Anmerkung: Hier sind alle die Personen erfasst, die im Rahmen ihres gemeinschaftlichen Engagements eine herausgehobene Aufgabe übernehmen, z.B. der Notenwart in einem Chor oder Orchester.

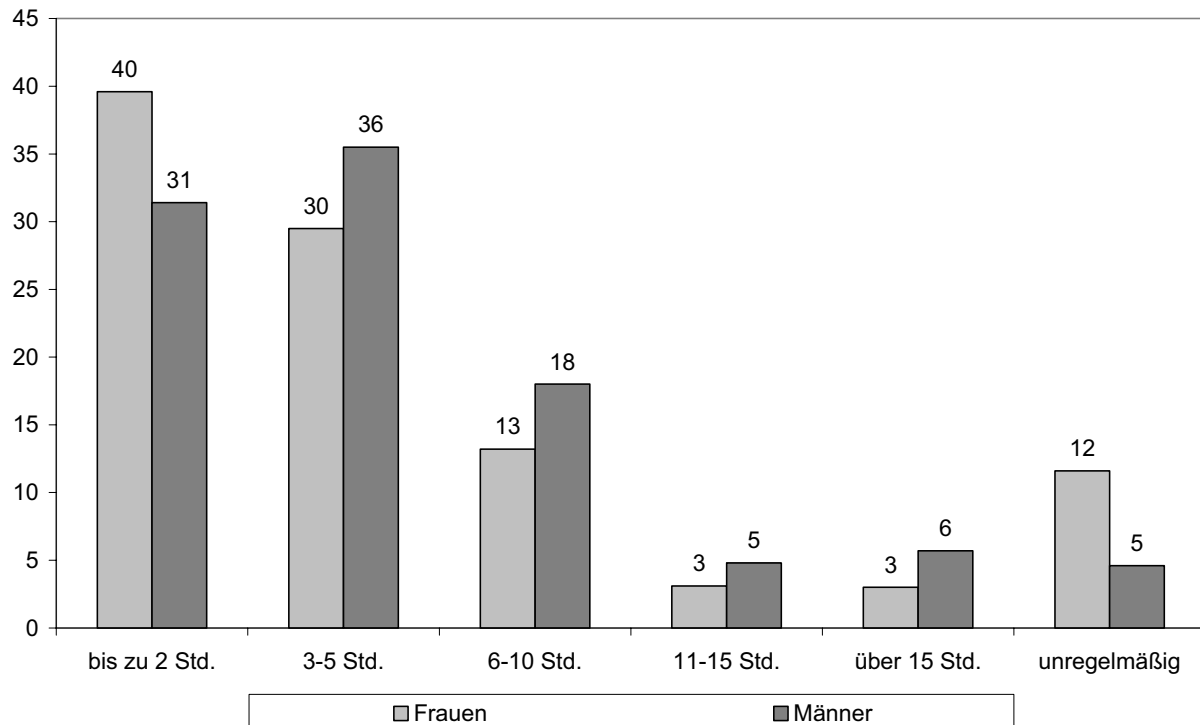
Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004

Quelle: Gensicke 2004: 29

Die in Tabelle 6.17 dargestellten Felder des freiwilligen Engagements lassen ebenfalls geschlechtsspezifische Schwerpunkte erkennen. Frauen engagieren sich genauso wie bei den Gemeinschaftsaktivitäten im Rahmen ihres freiwilligen Engagements stärker in den Bereichen Schule und Kindergarten, Soziales sowie Kirche und Religion. Männer übernehmen häufiger Aufgaben in den Bereichen Freizeit und Geselligkeit, Beruf außerhalb des Betriebes, Politik und Interessenvertretung und freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste. In zwei der Felder, in denen Frauen wie Männer gleichermaßen Gemeinschaftsaktivitäten berichten, nämlich im Bereich Sport und Bewegung sowie Kultur und Musik, ist das freiwillige Engagement bei Männern verbreiteter als bei Frauen. Nahezu gleich sind Frauen und Männer am bürgerschaftlichen Engagement im Umwelt- und Tierschutz, in der Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene sowie im lokalen bürgerschaftlichen Engagement, im Bereich Gesundheit und Justiz- und Kriminalitätsprobleme verantwortlich beteiligt.

Männer investieren mehr Zeit in bürgerschaftliches Engagement als Frauen (Abbildung 6.18). Frauen geben als durchschnittlichen Zeitaufwand für ihr freiwilliges Engagement deutlich häufiger als Männer „unter zwei Stunden“ oder „unregelmäßig“ an. Männer nennen häufiger einen höheren Zeitaufwand (Abbildung 6.18).

Abbildung 6.21: Zeitaufwand für freiwilliges Engagement pro Woche nach Geschlecht in Deutschland 2004 (in %)



Anmerkung: Hier wird die Zeit erfasst, die Personen mit herausgehobenen Aufgaben in Vereinen und Initiativen für diese Aufgabe verwenden.

Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung: Sonderauswertung

Es ist davon auszugehen, dass das höhere Engagement von Männern zumindest zum Teil

mit der Entlastung der Männer von Haus- und Familienarbeit zu erklären ist, die überwiegend Frauen leisten. In der ersten Welle des Freiwilligensurveys, 1999, wurde deutlich, dass die gemeinschaftlichen Aktivitäten und das freiwillige Engagement von Frauen einen Zusammenhang mit dem Alter des jüngsten Kindes hatten. Frauen mit Kindern unter drei Jahren waren deutlich weniger beteiligt, erst mit dem Eintritt ihrer Kinder in Kindergarten bzw. Schule wuchs ihre Beteiligung – vermutlich mit ehrenamtlichen Aktivitäten in diesen Bereichen einhergehend – auf ein hohes Niveau (Zierau 2001: 53). Bei Männern war dieser Zusammenhang nicht festzustellen. 2004 ist ein solcher Geschlechterunterschied nicht mehr ganz so eindeutig. Allerdings weisen Mütter mit Kindern unter zwei Jahren noch immer eine deutlich schwächere Beteiligung auf als Väter von Kindern dieses Alters.

Ein weiterer substanzieller geschlechtstypischer Unterschied im freiwilligen Engagement liegt darin, dass Männer häufiger als Frauen formale Funktionen übernehmen. Bereits im Freiwilligensurvey 1999 zeigte sich, dass sowohl bei Wahlämtern als auch bei Leitungsfunktionen Männer einen deutlichen Vorsprung vor Frauen innehaben. Diese Geschlechterdifferenz hat sich im Freiwilligensurvey 2004 noch verstärkt. In beiden Bereichen üben Frauen nun anteilmäßig noch weniger herausgehobene Tätigkeiten im freiwilligen Engagement aus (Abbildung 6.19). Diese Geschlechterdifferenz kann sowohl auf einer Bevorzugung von Männern bei der Vergabe von Leitungsfunktionen beruhen als auch auf einem geringeren Interesse von Frauen, solche Funktionen zu übernehmen. Ferner sind die geringeren zeitlichen Spielräume mancher Gruppen von Frauen als Erklärung in Erwägung zu ziehen. Warum aber diese Geschlechterdiskrepanzen in den letzten Jahren größer und nicht kleiner geworden sind, ist nicht erklärlich.

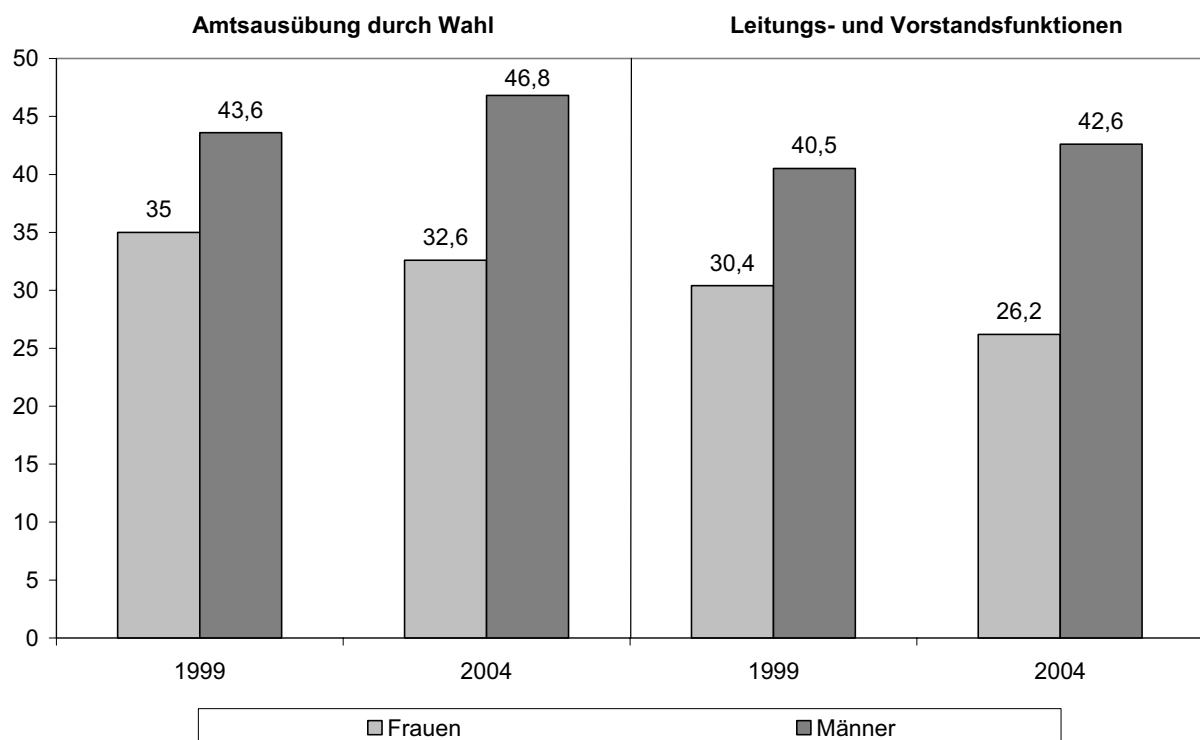
Auswertungen des Freiwilligensurvey 1999, die speziell die jüngere Altersgruppe in den Blick nahmen, zeigten, dass junge Frauen unter 23 – also bevor in aller Regel familiäre und berufliche Verpflichtungen überhand nehmen – deutlich stärker freiwillig engagiert waren als 23- bis 30-Jährige (Picot 2003: 478).¹⁷⁰

Trotz dieses im Umfang ähnlichen Engagements junger Frauen und Männer bis 24 Jahre sind die Felder, in denen sie sich engagieren, deutlich voneinander verschieden. Junge Frauen sind ebenso wie die älteren stärker im sozialen und ökologischen Bereich, in Schule und Kirche bürgerschaftlich beteiligt, junge Männer eher im Sport, in den Rettungsdiensten und in Freizeit und Geselligkeit (Picot 2003: 479, Picot 2001: 170 f.). Unter den Jüngeren sind lediglich 2 Prozent der weiblichen, aber immerhin 6 Prozent der männlichen Jugendl-

170 „Dass Mädchen sich zunächst stark engagieren, ihr Engagement später aber zumindest zeitweilig aufgeben, zeigen auch andere Studien. In Untersuchungen bei Jugendverbänden ‚wird ausnahmslos festgestellt, dass die weiblichen Ehrenamtlichen mehrheitlich jünger als die männlichen Ehrenamtlichen sind‘ (Düx 1999: 121). Die Zahl der engagierten Mädchen und jungen Frauen verringert sich mit zunehmendem Alter. ‚Als Gründe für den Ausstieg der Frauen werden das Ende der Schulzeit oder Ausbildung, Berufseinstieg, Partnerschaft und Familiengründung genannt.‘ Männer seien davon zwar auch betroffen, doch führt dies weniger häufig zu einer Aufgabe des Engagements (ebd.)“ (Picot 2003: 478).

chen im politischen Tätigkeitsfeld engagiert (Picot 2003: 479). Bereits in dieser frühen Phase bürgerschaftlichen Engagements, die zugleich eine Phase der Einmündung in Ehrenämter und politische Mandate darstellt, zeigt sich eine stärkere Distanz von Frauen zum politischen Bereich. Es würde sich lohnen, den Ursachen dieser Geschlechtertrennung zu Beginn der Jugendphase nachzugehen. Sie könnte für die Herausbildung politischen Engagements entscheidend sein.

Abbildung 6.22: Amtsausübung durch Wahl und Leitungs- bzw. Vorstandsfunktionen im freiwilligen Engagement nach Geschlecht der Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland 1999 und 2004 (in %)



Lesehilfe: Von den Frauen, die sich im Rahmen von Vereinen, Initiativen etc. freiwillig engagieren, haben 2004 26,2 Prozent eine leitende Funktion, bei den Männern gilt das für 42,6 Prozent.

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999; 2004

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung: Sonderauswertung

6.6.2 Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen

Seit Beginn der Untersuchung unkonventioneller Formen politischer Partizipation (durch Barnes/Kaase 1979; Hoecker 1995: 164) wurde festgestellt, dass Frauen bei diesen Formen politischer Interessenbekundung weniger unterrepräsentiert waren als in der institutionalisierten Politik. Dieser Befund bestätigt sich in Daten des ALLBUS, wonach Frauen an Unterschriftensammlungen und Bürgerinitiativen ähnlich häufig wie Männer beteiligt sind. Demonstrationen gehören allerdings bei Frauen seltener als bei Männern zum Repertoire ihrer politischen Interessenbekundung (Tabelle 6.18).

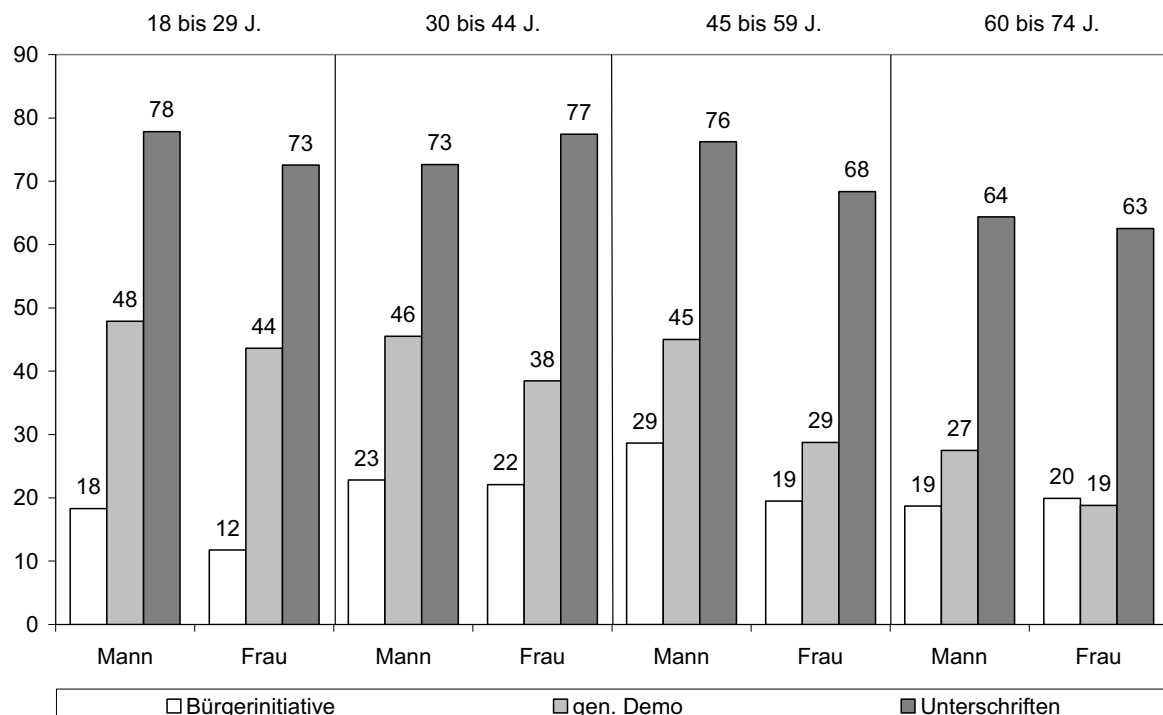
Tabelle 6.20: Partizipation an nicht-institutionalisierten Formen von Politik nach Geschlecht in Deutschland 2002 (in %)

	Frauen	Männer
„habe in Bürgerinitiative mitgearbeitet“	19,2	23,0
„habe an ungenehmigter Demo. teilgenommen“	8,4	9,8
„habe an genehmigter Demo. teilgenommen“	30,6	40,7
„habe an Unterschriftensammlung teilgenommen“	69,5	71,5

Datenbasis: ALLBUS

Quelle: ALLBUS 2002; eigene Berechnungen

In der folgenden Übersicht (Abbildung 6.20) sind drei¹⁷¹ dieser Formen politischer Beteiligung nach Altersgruppen differenziert. Hier wird deutlich, dass Frauen in den beiden jüngeren Altersgruppen bis 44 Jahre an diesen Politikformen in sehr ähnlichem Maße beteiligt waren wie Männer. Dies könnte sich in höhere Altersgruppen fortsetzen, wenn die gegenwärtig aktiven Frauen älter werden. Bei den 60- bis 74-Jährigen ist auffallend, dass Frauen etwa gleich häufig wie Männer bei Unterschriftensammlungen und sogar etwas häufiger bei Bürgerinitiativen aktiv wurden. Der Blick auf die Altersgruppen bestätigt also, dass Frauen bis ins mittlere Alter an ausgewählten nicht-institutionalisierten Politikformen (Unterschriftensammlung und Bürgerinitiativen) in ähnlichem Ausmaß wie Männer teilhaben. Die Demonstration erweist sich bei den hier ausgewählten Politikformen als diejenige, an der Frauen zumindest ab dem mittleren Alter seltener als Männer teilhaben (Abbildung 6.20).

Abbildung 6.23: Partizipation an nicht-institutionalisierten Formen von Politik nach Geschlecht und Altersgruppen in Deutschland 2002 (in %)

Datenbasis: ALLBUS

Quelle: ALLBUS 2002; eigene Berechnungen

171 „Ungenehmigte Demonstrationen“ wurden wegen der relativ geringen Fallzahlen hier nicht berücksichtigt.

Neben den hier berücksichtigten nicht-institutionalisierten Partizipationsformen finden in der Partizipationsforschung auch Formen diskursiver Beteiligung (politische Diskussion mit Bekannten, öffentliche Diskussion) Beachtung (Westle 2001: 139). Auf der Basis von Daten des ALLBUS 1998 kommt Westle zu dem Ergebnis, dass Männer in diesem Bereich einen deutlichen Vorsprung haben, „denn Frauen diskutieren auf öffentlichen Veranstaltungen, aber auch im Privatkreis weniger über Politik und zeigen auch eine geringere Bereitschaft dazu“ (Westle 2001: 141).

6.7 Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in der Politik und im bürgerschaftlichen Engagement

Migrantinnen und Migranten haben – wenn sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen – einen Status, der ihnen die politische Partizipation in Deutschland erschwert. Soweit sie aus Staaten der EU stammen, können sie sich zwar an Kommunalwahlen beteiligen, nicht aber an Wahlen auf Landes- oder Bundesebene. Nicht-EU-Angehörige können auf keiner der genannten Entscheidungsebenen an Wahlen teilnehmen. Wie sich Migrantinnen und Migranten dennoch engagieren, ist bisher wenig erforscht. Es existieren zwei Jugendstudien, der DJI-Ausländersurvey und die 13. Shell Jugendstudie (Weidacher 2000; Deutsche Shell 2000), die türkische, italienische sowie – in der *DJI-Studie* – auch griechische Jugendliche und junge Erwachsene zu Themen politischer Partizipation befragten. In diesen 1997 und 1999 durchgeführten Surveys hatten die Interviewten keine deutsche Staatsbürgerschaft und wurden nicht zur Beteiligung an Wahlen befragt. Interessant ist die vergleichsweise hohe Organisation von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in Gewerkschaften, wobei es für die türkischen und griechischen Befragten deutliche Geschlechterunterschiede gab (Heß-Meining 2000: 208). So waren 23,7 Prozent der 18- bis 25-jährigen griechischen Männer in einer Gewerkschaft organisiert, aber nur 17,2 Prozent der Frauen dieses Alters. Die jungen türkischen Männer waren sogar zu 28,8 Prozent Mitglied einer Gewerkschaft, die gleichaltrigen Frauen lediglich zu 13,4 Prozent (ebd.). Der 2000 durchgeführte Integrations-survey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung¹⁷² zeigt, dass sich junge türkischstämmige Frauen auch bei der Entscheidung für eine Parteimitgliedschaft stärker als türkischstämmige Männer zurückhalten (Glatzer 2004: 84).

Durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zum 1.1.2000 wurde die Einbürgerung für viele Zuwanderungsgruppen erleichtert und die Einbürgerungszahlen stiegen. Es ist also für eine relevante Anzahl von Migrantinnen und Migranten möglich geworden, sich an parlamentarischen Formen von Politik in Deutschland zu beteiligen. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass diese Änderungen neueren Datums sind und politisches Engagement von Zuwanderern auf höherer politischer Ebene noch keine Tradition hat. Betrachtet man die Lebensläufe von

Bundestagsabgeordneten, so sind für die laufende Legislaturperiode lediglich zwei weibliche Bundestagsabgeordnete mit Geburtsort in der Türkei festzustellen. In der Wahlperiode 1998-2002 waren ein männlicher Abgeordneter und eine weibliche Abgeordnete mit türkischem Migrationshintergrund vertreten. Bis dato hat es in Deutschland noch keine Migrantin und keinen Migranten in einem Ministeramt gegeben. Aus diesen wenigen Zahlenangaben wird deutlich, dass zumindest auf bundespolitischer Ebene ein Geschlechtervergleich der politischen Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund noch wenig sinnvoll ist.

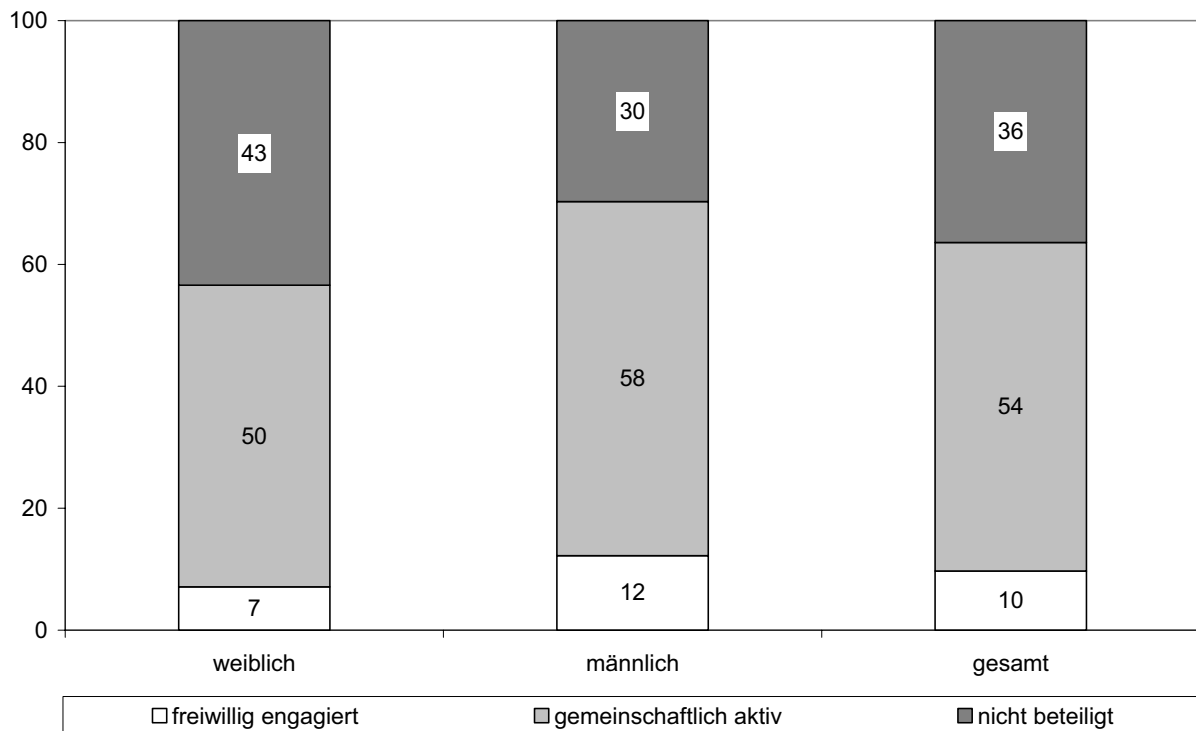
Aufschlussreicher wären zurzeit Analysen des bürgerschaftlichen Engagements der Migrantenbevölkerung in Deutschland. Neben der Beteiligung an den vorwiegend von der deutschen Population dominierten Formen des Engagements ist dabei auch die Vielfalt von Vereinigungen eigenethnischer Herkunft zu berücksichtigen.

Für den Bereich des freiwilligen Engagements türkischer Migrantinnen und Migranten liegen mit der Studie des Zentrums für Türkeistudien „Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland“ aktuelle Daten vor (Halm/Sauer 2004). Hier wurde wie im Freiwilligensurvey zwischen einfacher Mitgliedschaft und freiwilligem Engagement unterschieden (Kapitel 6.6.1).

Während sich die Männer türkischer Herkunft kaum häufiger als die deutschen von Gemeinschaftsaktivitäten oder freiwilligen Engagements ausschließen (Abbildung 6.15), sind Frauen türkischer Herkunft deutlich seltener als deutsche Frauen aktiv, die 2004 lediglich zu 32 Prozent keine Aktivitäten vorzuweisen hatten (Abbildung 6.15, Abbildung 6.21). Frauen türkischer Herkunft sind auch auffallend weniger bürgerschaftlich aktiv als türkische Männer (Abbildung 6.21).

172 Ca. 3.600 deutsche, italienisch- und türkischstämmige Migrantinnen und Migranten von 18 bis 30 Jahre wurden hier befragt (Glatzer 2004).

Abbildung 6.24: Gemeinschaftlich aktive und freiwillig engagierte Türcinnen und Türcen (bzw. Deutsche türkcischer Herkunft) in Deutschland 2004 (in %)



Anmerkung: Alle Personen, die „irgendwo mitmachen“ ohne formal Verantwortung zu übernehmen, werden als „gemeinschaftlich aktiv“ bezeichnet. Wenn diese Personen unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung Aufgaben oder Arbeiten in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen übernehmen, werden sie nicht als „gemeinschaftlich aktiv“, sondern als „freiwillig engagiert“ bezeichnet (Picot 2001:125).

Datenbasis: Survey „Freiwilliges Engagement von Türcinnen und Türcen in Deutschland“

Quelle: Halm/Sauer 2004: 159

Die Raten freiwilligen Engagements, d.h. die tatsächliche Mitarbeit etwa in Vereinsfunktionen, fallen bei den befragten Türcen in Deutschland im Vergleich zu den Interviewten deutscher Herkunft ausgesprochen niedrig aus. Im Durchschnitt liegen sie bei knapp 10 Prozent, türkische Frauen engagieren sich hier mit 7,1 Prozent nochmals weniger als türkische Männer. Türkische Frauen konzentrieren sich bei ihrem freiwilligen Engagement auf die Bereiche Freizeit und Geselligkeit, Schule und Kindergarten sowie Unfall- und Rettungsdienst (Halm/Sauer 2004: 159 f.). Wie im politischen Sektor, gilt auch für den Bereich der Freiwilligenorganisationen, dass Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland selten in Leitungsfunktionen vertreten sind (Halm/Sauer 2004: 198).

6.8 Überblick über die Ergebnisse

Auch wenn gleicher Einfluss für Frauen und Männer in der Politik noch nicht erreicht ist: Auffallend ist, dass es seit den 80er-Jahren selbstverständlicher wurde, dass Frauen auch Spitzenpositionen in Politik und Parteien einnehmen. Dies gilt inzwischen für alle Bereiche der Politik und betrifft die Anteile von Frauen bei Ministerämtern, im Parteivorsitz bzw. den Parteivorständen und bei den Abgeordnetenmandaten.

Wirkliche Gleichstellung haben Frauen im politischen Sektor noch nicht erreicht. Der durchschnittliche Frauenanteil in den Länderparlamenten, im Bundestag und bei den deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments beträgt jeweils nur etwas über 30 Prozent. Damit liegt die Beteiligung von Frauen im europäischen Vergleich im guten Mittelfeld.

In den vorgestellten Zahlen zum politischen Interesse und zu den von Frauen bevorzugten politischen Themenbereichen kommt zum Ausdruck, dass Frauen dem institutionalisierten politischen Feld häufiger als Männer fern stehen. Dies mag zum Teil erklären, warum Frauen beispielsweise seltener in Parteien eintreten.

Dies bedeutet jedoch keine generelle Distanz von Bürgerinnen gegenüber gesellschaftlichem Engagement. Zwar sind auch im freiwilligen Engagement Männer häufiger als Frauen aktiv, doch wie aus den Ergebnissen des Freiwilligensurvey 2004 hervorgeht, konnten Frauen ihren Anteil am freiwilligen Engagement seit 1999 steigern, während der Prozentsatz des freiwilligen Engagements von Männern in diesem Zeitraum stagnierte. Auffällig ist insbesondere die Steigerung des bürgerschaftlichen Engagements von Frauen in den älteren Altersgruppen. Die 55- bis 64-jährigen Frauen steigerten ihr freiwilliges Engagement von 1999 auf 2004 von 29 auf 37 Prozent; auch unter den 25- bis 34-jährigen Frauen gab es 2004 eine breitere Beteiligung als 1999.

Während der Schulzeit erweisen sich Mädchen als diejenigen, die sich häufiger als Jungen freiwillig engagieren. Die Beteiligung von jungen Männern zwischen 14 und 34 Jahren nahm in den letzten Jahren ab. Sehr deutlich stieg das freiwillige Engagement über 65-jähriger Männer.

Die Ursachen für die größere Distanz von Frauen gegenüber politischem Engagement und Führungspositionen sowie im freiwilligen Engagement liegen zum einen vermutlich in den traditionell männlich geprägten Strukturen, Verfahren und Themenschwerpunkten der Organisationen, die politische Arbeit bündeln. Wie aus den Daten dieses, aber auch anderer Kapitel (4, 5) hervorgeht, wird es Frauen allerdings auch durch die Doppelbelastung durch Beruf und Familie schwer gemacht, sich gesellschaftlich und politisch in größerem zeitlichen Umfang zu engagieren. Die Dreifachbelastung durch Ehrenämter oder politische Funktionen ist insbesondere für Frauen mit kleineren Kindern schwer zu bewältigen. Die unterschiedlichen Anteile, die Frauen in verschiedenen Parteien als Abgeordnete oder als Mitglieder von Parteien oder Parteigremien erreichen, deuten zusätzlich darauf hin, dass die Parteien unterschiedlich günstige Voraussetzungen für eine Mitarbeit von Frauen schaffen.

Eine eklatante Forschungslücke besteht in den Kenntnissen zum politischen Engagement von Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Mit dem Survey zum freiwilligen Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland liegen zur bürgerschaftlichen Beteiligung dieser Zuwanderungsgruppe erste Erkenntnisse vor. Diese weisen darauf hin, dass die mit

knapp 10 Prozent deutlich unterdurchschnittliche bürgerschaftliche Partizipation der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe sehr gering ist. Dies gilt noch stärker für Frauen, die oder deren Eltern aus der Türkei zugewandert sind, die mit 7 Prozent besonders wenig am freiwilligen Engagement teilhaben. Die Ergebnisse zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten stehen im Einklang mit der Tatsache, dass es in Deutschland nur einen sehr geringen Anteil von Politikerinnen und Politikern mit Migrationshintergrund gibt. Außer aus bereits etwas länger zurückliegenden Jugendstudien ist wenig zum politischen Engagement von Zuwanderern in Deutschland bekannt. Es wären hierzu und zum bürgerschaftlichen Engagement anderer Zuwanderergruppen dringend weitere Untersuchungen nötig. Offen ist auch, worüber sich die geringere Beteiligung von jungen Frauen in den politiknahen Feldern herstellt, während ihr freiwilliges Engagement in der Schule doch ausgeprägter ist als das der jungen Männer.